

Fünf Jahre Medienberichterstattung über Flucht und Migration

Marcus Maurer | Pablo Jost | Simon Kruschinski | Jörg Haßler



INHALT

DAS WICHTIGSTE IN KÜRZE	3
AUSGANGSLAGE: VERGANGENE MEDIENBERICHTERSTATTUNG UND AKTUELLE EREIGNISLAGE	4
Medienberichterstattung während der sogenannten „Flüchtlingskrise“ 2015/16	5
Die Ereignislage 2016-2020	7
METHODE	11
BEFUNDE: DIE MEDIENBERICHTERSTATTUNG ÜBER FLUCHT UND MIGRATION 2016-2020	12
Verlauf und thematische Schwerpunkte der Berichterstattung	13
Darstellung der Geflüchteten: Personenmerkmale, Bezeichnungen und Bewertungen	16
Problematisierung und Lösungsansätze: Folgen der Zuwanderung und politische Maßnahmen	21
Die Rolle der Nachrichtenmedien: Mediale Selbstkritik?	25
ZUSAMMENFASSUNG UND HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN	26
LITERATUR	31

DAS WICHTIGSTE IN KÜRZE

Die vorliegende Studie untersucht die Berichterstattung über Flucht und Migration in sechs deutschen Leitmedien (Frankfurter Allgemeine Zeitung, Süddeutsche Zeitung, Bild, ARD Tagesschau, ZDF heute, RTL Aktuell) zwischen Februar 2016 und Dezember 2020 mithilfe einer quantitativen Inhaltsanalyse. Die zentralen Befunde sind:

- Die Medien berichteten im Verlauf des Untersuchungszeitraums tendenziell immer seltener über Geflüchtete. Zugleich war die Berichterstattung stark von der aktuellen Ereignislage beeinflusst. Dabei prägten politische Entscheidungen und politische Institutionen die Berichterstattung stärker als die Geflüchteten selbst.
- Mehr als jeder zehnte Beitrag beschäftigte sich mit Terrorismus und Flüchtlingskriminalität. Vor allem die Bild griff diese Themen häufig auf. Dabei waren Gewalt- und Sexualverbrechen im Vergleich zur Kriminalstatistik deutlich überrepräsentiert.
- Wurden Geflüchtete in den Medien thematisiert, handelte es sich überproportional häufig um Männer, während Frauen und Kinder unterrepräsentiert waren. Dies betraf vor allem bildliche Darstellungen. Während die Tageszeitungen überwiegend Porträtfotos von Geflüchteten oder Fotos von Geflüchteten in Alltagssituationen abdruckten, standen in den Fernsehnachrichten Bilder von Geflüchteten in Notsituationen im Vordergrund.
- Die Darstellung der Geflüchteten war in allen Medien überwiegend negativ und damit insbesondere deutlich negativer als während der sogenannten „Flüchtlingskrise“ 2015/16.
- Die Medien wählten als Bezeichnung für die nach Deutschland gekommenen Menschen überwiegend den Begriff „Flüchtlinge“, der eine Schutzbedürftigkeit impliziert. Erst gegen Ende des Untersuchungszeitraums wurden zunehmend auch die eher neutralen Begriffe „Asylbewerber“ und „Migranten“ verwendet. Dementsprechend schrieben die Medien den Zugewanderten auch bei weitem überwiegend den Schutz vor Krieg und Verfolgung als zentrales Fluchtmotiv zu.
- Die Medien betonten vor allem die Gefahren der Zuwanderung für Deutschland und fokussierten dabei vor allem auf den Aspekt der Sicherheit. Das Verhältnis zwischen Geflüchteten und einheimischer Bevölkerung stellten sie überwiegend als konfrontativ dar. Sie thematisierten vor allem exkludierende Maßnahmen der Flüchtlingspolitik (z.B. Verhinderung von Einwanderung), bewerteten inkludierende Maßnahmen (z.B. Integration) aber deutlich positiver.
- Es zeigten sich Unterschiede zwischen den untersuchten Medien, die im Wesentlichen auf deren redaktionelle Linien zurückzuführen sind. Dabei war insbesondere die Darstellung von Geflüchteten in der Berichterstattung der linksliberalen Süddeutschen Zeitung insgesamt deutlich weniger negativ als die Berichterstattung der konservativen Medien FAZ und Bild.
- Alles in allem war die Berichterstattung über Geflüchtete folglich von einer starken Widersprüchlichkeit geprägt. Auf der einen Seite wurden Geflüchtete als Menschen in Not charakterisiert, die aus humanitären Gründen aufgenommen werden müssen. Auf der anderen Seite wurden Geflüchtete als Sicherheitsrisiko für die deutsche Bevölkerung beschrieben. Das erste Narrativ betraf vor allem Geflüchtete auf der Flucht, das zweite Narrativ vor allem Geflüchtete, die bereits in Deutschland angekommen waren.
- Die Tatsache, dass der Widerspruch zwischen diesen beiden inhaltlich nur schwer zu vereinbarenden Narrativen in der Medienberichterstattung nicht aufgelöst wird, hat vermutlich negative Konsequenzen für die öffentliche Meinungsbildung – auch wenn dies von den Journalistinnen und Journalisten vermutlich nicht intendiert ist.



**AUSGANGSLAGE:
VERGANGENE MEDIENBERICHTERSTATTUNG
UND AKTUELLE EREIGNISLAGE**

MEDIENBERICHTERSTATTUNG WÄHREND DER SOGENANTEN „FLÜCHTLINGSKRISE“ 2015/16

Die sogenannte „Flüchtlingskrise“ begann im Mai 2015 als erkennbar wurde, dass immer mehr Menschen aus Syrien und anderen Ländern versuchten, über das Mittelmeer und später auch den Landweg nach Mitteleuropa zu gelangen. Die Politik in Deutschland und Europa war lange uneins darüber, wie sie mit dem zu erwartenden Anstieg der Einwanderung umgehen soll. Nachdem die Bundesregierung Ende August entschieden hatte, die deutschen Grenzen für Geflüchtete offen zu halten, gelangten im Laufe des Jahres rund eine Millionen Menschen nach Deutschland. Die zunächst überwiegend positive Grundstimmung gegenüber den Geflüchteten drehte sich im Verlauf des Jahres angesichts der stark steigenden Zahl an Zugewanderten und insbesondere nach den Vorfällen in der Silvesternacht 2015/16, in der in Köln und anderen deutschen Städten sexuelle Übergriffe auf Frauen stattfanden, an denen auch Geflüchtete beteiligt waren.

Zugleich entstand bei einem beachtlichen Teil der Bevölkerung der Eindruck, Tageszeitungen und insbesondere der öffentlich-rechtliche Rundfunk würden die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung unkritisch unterstützen und ein verzerrtes Bild der Lage zeichnen. Im November 2015 veröffentlichte das Institut für Demoskopie Allensbach dazu erste Befragungsdaten. Demnach glaubten mehr als die Hälfte der Deutschen, die Medien vermittelten kein zutreffendes Bild vom Alter und Geschlecht der Menschen, die nach Deutschland kommen. Nur ein Drittel hielt die Berichterstattung über Geflüchtete für ausgewogen. In späteren Befragungen gaben jeweils rund 40 Prozent der Befragten an, die Berichterstattung über Geflüchtete sei „stark verzerrt“.

Über die Hälfte der Befragten hielt sie zudem für „zu positiv“ (Arlt & Wolling 2018).

Um diesen Vorwürfen nachzugehen, haben wir bereits im Jahr 2018 eine quantitative Inhaltsanalyse der Medienberichterstattung während der sogenannten „Flüchtlingskrise“ durchgeführt. Dabei haben wir im Zeitraum von Mai 2015 bis Januar 2016 insgesamt 4.726 Beiträge über die „Flüchtlingskrise“ in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, der Süddeutschen Zeitung, der Bild, der Tagesschau, der heute-Sendung und von RTL Aktuell untersucht. Die Befunde lassen sich wie folgt zusammenfassen (siehe ausführlicher Maurer et al. 2019; Maurer et al. 2021):

Erstens haben die Medien ein weitgehend zutreffendes Bild von der Lage vermittelt. Sie haben insbesondere Alter, Geschlecht und Herkunft der Geflüchteten in Text und Bild in nahezu perfekter Übereinstimmung mit der Asyl-Statistik dargestellt. Allerdings haben sie die Kriminalität der Geflüchteten bis zum Herbst 2015 deutlich unter- und nach den Vorfällen in der Silvesternacht 2015/16 deutlich überrepräsentiert. Dabei wurde weit überproportional über Gewalt- und Sexualdelikte berichtet, obwohl Geflüchtete tatsächlich vor allem im Zusammenhang mit minder schweren Delikten angeklagt waren.

Zweitens wurden die Geflüchteten vor allem zwischen Juni und September 2015 außerordentlich positiv dargestellt. Wenn sie in einem Beitrag vorkamen, fiel ihre Bewertung fast ausnahmslos positiv aus. Dies galt besonders für die Berichterstattung der öffentlich-rechtlichen Fernsehsender. Den Zugewanderten wurde zudem bei weitem überwiegend die Suche

Die zunächst überwiegend positive Grundstimmung gegenüber den Geflüchteten drehte sich im Verlauf des Jahres 2015.

Medien haben zu Beginn der „Flüchtlingskrise“ ein weitgehend zutreffendes Bild von der Lage vermittelt.

Die Geflüchteten wurden vor allem zwischen Juni und September 2015 außerordentlich positiv dargestellt.

nach Schutz vor Verfolgung als zentrales Fluchtmotiv zugeschrieben, während wirtschaftliche Motive nur selten unterstellt wurden. Dementsprechend wählten die deutschen Medien auch fast ausnahmslos den Begriff „Flüchtlinge/ Geflüchtete“, um die Zugewanderten zu beschreiben, während diese z.B. in den britischen Medien häufig eher neutral als „Migranten“ bezeichnet wurden. Nach September 2015 wurde die Berichterstattung allerdings in zwei Schüben deutlich negativer: zunächst nach der Entscheidung der Bundesregierung, die Geflüchteten aufzunehmen, dann noch einmal nach den Vorfällen in der Silvesternacht.

Teilweise kamen die Autorinnen und Autoren dieser Studien aber auch zu dem Schluss, dass Geflüchtete einseitig positiv dargestellt und die Risiken der Zuwanderung weitgehend verschwiegen wurden (Haller 2017). Trotz dieser Inkonsistenzen war die Berichterstattung über Geflüchtete während der sogenannten „Flüchtlingskrise“ allerdings in jedem Fall deutlich positiver als in den Jahren zuvor. Frühere Studien deuten übereinstimmend darauf hin, dass über Geflüchtete und Zugewanderte in deutschen Medien vor der „Flüchtlingskrise“ nur selten und dann einseitig negativ berichtet wurde. Das galt insbesondere für Zugewanderte aus muslimischen Ländern und ist auch damit erklärbar, dass diese überwiegend im Kontext von Kriminalität und Terrorismus thematisiert wurden (z.B. Hömberg & Schlemmer 1994; Sommer & Ruhrmann 2010; Goedeke Tort et al. 2016). Es stellt sich folglich die Frage, ob die deutschen Medien nach der sogenannten „Flüchtlingskrise“ 2015/16 wieder zu ihren alten Berichterstattungsmustern zurückgekehrt sind. Diese Frage soll in der vorliegenden Studie beantwortet werden. Sie knüpft unmittelbar an unsere früheren Befunde zur Berichterstattung während der „Flüchtlingskrise“ an und untersucht mit dem unveränderten Messinstrument die Berichterstattung über Flucht und Migration zwischen Februar 2016 und Dezember 2020. Die Befunde beider Studien können folglich unmittelbar miteinander verglichen werden, um aufzuzeigen, wie sich die Berichterstattung seit der „Flüchtlingskrise“ 2015/16 verändert hat.

Die Berichterstattung über den abstrakten Sachverhalt der Zuwanderung war deutlich negativ.

Drittens war die Berichterstattung über den abstrakten Sachverhalt der Zuwanderung im gesamten Untersuchungszeitraum deutlich negativ. Die Medien betonten einheitlich überwiegend die Gefahren der Zuwanderung anstelle der damit verbundenen Chancen. Sie stellten die Zahl der Zugewanderten als hoch, die Aufnahmekapazitäten in Deutschland als gering und die Bevölkerungsmeinung gegenüber den Geflüchteten als negativ dar. Sie thematisierten vor allem Maßnahmen zur Verhinderung von Zuwanderung, bewerteten allerdings Maßnahmen zur Integration von Geflüchteten deutlich positiver. Während konservative Medien den Vorrang der Interessen der einheimischen Bevölkerung betonten, stellten linksliberale Medien die Interessen der Geflüchteten als vorrangig dar. Insgesamt war die Medienberichterstattung in der sogenannten „Flüchtlingskrise“ also nicht ausgewogen, sondern inkonsistent: sie war zwar einseitig, die Einseitigkeiten fielen aber nicht durchweg zugunsten der Geflüchteten aus.

Insgesamt war die Medienberichterstattung in der sogenannten „Flüchtlingskrise“ inkonsistent.

Diese Befunde wurden von anderen Studien, die ähnliche Berichterstattungsmerkmale untersucht haben, teilweise bestätigt (z.B. Conrad & Aðalsteinsdóttir 2017; Chouliaraki & Zaborowski 2017; Greck 2018; Heidenreich et al. 2019).

DIE EREIGNISLAGE 2016-2020

Die Berichterstattung der Massenmedien ist in der Regel stark ereignisgetrieben. Nachrichtenmedien berichten selten über langfristige Entwicklungen bei politischen Themen, sondern vielmehr punktuell über aktuelle Ereignisse, denen sie eine große Bedeutung zuschreiben. Dabei handelt es sich in der Regel um Ereignisse, die Nachrichtenfaktoren wie Schaden, Konflikt, Prominenz oder auch regionale und kulturelle Nähe erfüllen. Auch die Medienberichterstattung über Geflüchtete war zwischen 2016 und 2020 deshalb vermutlich stark von der aktuellen Ereignislage geprägt. Wir wollen hier deshalb zunächst einen Überblick über die wichtigsten Ereignisse im Untersuchungszeitraum geben, die im weitesten Sinne einen Bezug zu Geflüchteten hatten. Dabei beziehen wir sowohl politische Entscheidungen als auch statistische Fakten zur Situation von Geflüchteten und Ereignisse im Zusammenhang mit Geflüchteten als Täter oder Opfer von Straftaten ein.

Bereits zu Beginn unseres Untersuchungszeitraums wurden eine Reihe von wegweisenden politischen Entscheidungen getroffen. Im Februar 2016 wurde das sogenannte Asylpaket II im Bundestag beschlossen. Damit sollten u.a. Asylverfahren beschleunigt, der Familiennachzug von Geflüchteten mit nur subsidiärem Schutz eingeschränkt und weitere Staaten (Marokko, Algerien, Tunesien) als sichere Herkunftsstaaten eingestuft werden. Letzteres ist allerdings bis heute aufgrund fehlender Zustimmung im Bundesrat nicht umgesetzt worden. Im März 2016 trat das Flüchtlingsabkommen zwischen der EU und der Türkei in Kraft. Demnach verpflichtete sich die Türkei unter anderem dazu, die Weiterreise von

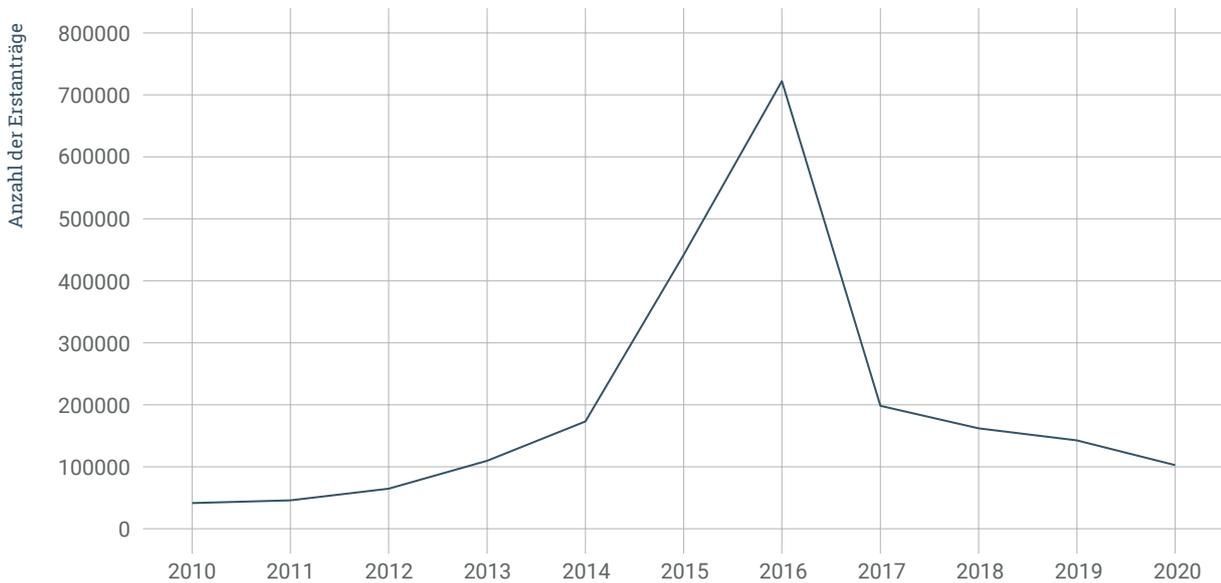
Geflüchteten in die EU zu verhindern. Damit wurde der wichtigste Fluchtweg auf dem Land, die sogenannte Balkanroute, faktisch geschlossen. Im Sommer 2016 wurde als Reaktion auf die sogenannte „Flüchtlingskrise“ schließlich auch ein Integrationsgesetz verabschiedet. Es sieht unter anderem vor, dass anerkannte Asylsuchende Wohnsitzauflagen erhalten können und Integrationsleistungen erbringen müssen, um eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis zu erhalten. In den Jahren 2016 bis 2018 diskutierte die EU auf mehreren Gipfeltreffen, wie Geflüchtete gerecht auf die verschiedenen EU-Länder verteilt werden können. Im Sommer 2018 einigte sich die Bundesregierung nach einem längeren internen Streit darauf, dass Zugewanderte, die bereits in einem anderen EU-Land Asyl beantragt haben, an der österreichisch-deutschen Grenze ein beschleunigtes Transitverfahren durchlaufen und ggf. abgewiesen werden sollen. Die von der CSU geforderten geschlossenen Ankerzentren für Geflüchtete wurden dagegen nicht eingeführt.

Die genannten Maßnahmen haben dazu beigetragen, dass die Zahl der Menschen, die in Deutschland Asyl beantragt haben, seit 2016 deutlich zurückgegangen ist. Im Jahre 2016 wurden 722.370 Erstanträge auf Asyl gestellt, wobei es sich bei den meisten Fällen um Menschen handelte, die bereits 2015 nach Deutschland gekommen waren, deren Asylanträge aufgrund des hohen Aufkommens aber erst 2016 bearbeitet werden konnten. Bis 2020 sank diese Zahl, zuletzt auch durch die COVID-19-Pandemie bedingt, auf etwa 100.000 Asylanträge und lag damit wieder etwa auf demselben Niveau wie 2013 (Schaubild 1).

Die Berichterstattung der Massenmedien ist in der Regel stark ereignisgetrieben.

Die Zahl der Menschen, die in Deutschland Asyl beantragt haben, ist seit 2016 deutlich zurückgegangen.

SCHAUBILD 1: ERSTANTRÄGE AUF ASYL IN DEUTSCHLAND 2010-2020



Quelle: Bundesamt für Migration und Flucht

Die Altersstruktur der Erstantragstellenden auf Asyl in Deutschland hat sich seit 2015 erheblich verändert.

Während des gesamten Zeitraums wurden die mit Abstand meisten Anträge von Menschen aus Syrien gestellt. Danach folgten in jeweils unterschiedlicher Reihenfolge Afghanistan, Irak, Iran und die Türkei. Betrachtet man die Altersstruktur der Erstantragstellenden, wird im Verlauf der Jahre eine erhebliche Verschiebung deutlich. Waren 2015 weniger als ein Drittel (31%) der Erstantragstellenden Kinder unter 18 Jahren, betrug dieser Anteil 2020 bereits über die Hälfte (54%). Dabei stellten Kleinkinder unter vier Jahren jedes Jahr die mit Abstand größte Gruppe. Dies deutet darauf hin, dass viele Asylanträge in den letzten Jahren nicht mehr im direkten Kontext von Flucht, sondern im Kontext des Familiennachzugs gestellt wurden. Zugleich waren die Erstantragstellenden insbesondere in der Gruppe der jungen Erwachsenen (18-34) weiterhin deutlich überwiegend männlich.

Obwohl die Flüchtlingsbewegungen durch die politischen Maßnahmen erheblich eingeschränkt wurden, gerieten auch zwischen 2016 und 2020 viele Geflüch-

tete in Notsituationen. In dieser Zeit ertranken fast 15.000 Menschen beim Versuch, über das Mittelmeer nach Europa zu gelangen. Diese Zahl verringerte sich jedoch zwischen 2016 (mehr als 5.000 Tote) und 2020 (knapp 1.500 Tote) sukzessive. Besonders in den Blickpunkt der deutschen Öffentlichkeit gelangten die Bootsflüchtlinge allerdings nur in zwei Fällen: Im Juni 2018 irrte das Schiff des deutschen Kapitäns Claus-Peter Reisch mit 234 Bootsflüchtlingen mehrere Tage über das Mittelmeer, bevor Reisch nach dem Anlegen auf Malta kurzzeitig verhaftet wurde. Etwa genau ein Jahr später lief die deutsche Kapitänin Carola Rackete mit 53 Bootsflüchtlingen an Bord trotz der Weigerung der italienischen Regierung in den Hafen der Insel Lampedusa ein und wurde anschließend unter Hausarrest gestellt. Beide Fälle wurden von einer länger andauernden öffentlichen Diskussion über die humanitäre Notwendigkeit einerseits und die rechtlichen Grenzen der Seenotrettung andererseits begleitet.

Diejenigen, denen die Flucht über das Meer gelang, wurden überwiegend in zunehmend überfüllten Flüchtlingslagern in den Erstaufnahmeländern untergebracht. Zu Beginn unseres Untersuchungszeitraums (März 2016) stand dabei das Lager Idomeni an der griechisch-mazedonischen Grenze im Blickpunkt, in dem nach Schließung der Balkanroute zeitweise fast 20.000 Geflüchtete gestrandet waren. Im Jahr 2020 wurde das Lager Moria auf der griechischen Insel Lesbos zum Symbol dieser Misere. Nachdem es bereits seit Jahren wegen Überfüllung und katastrophalen humanitären Zuständen in der Kritik stand, spitzte sich die Situation durch die COVID-19-Pandemie im Laufe des Jahres 2020 zu. Bereits im März und April 2020 hatte die Bundesregierung entschieden, minderjährige Geflüchtete aus Moria und anderen griechischen Lagern aufzunehmen. Als Anfang September bei mehreren Menschen Infektion mit COVID-19 festgestellt wurden, kam es zu Unruhen im Lager Moria, das schließlich am 9. September 2020 durch Brandstiftung komplett zerstört wurde. Deutschland und mehrere andere europäische Länder erklärten sich daraufhin wiederum bereit, einen Teil der Geflüchteten aufzunehmen.

Zwischen 2016 und 2020 gerieten Geflüchtete schließlich auch als Tatverdächtige und Opfer von Kriminalität und Terrorismus in die öffentliche Diskussion. Statistisch betrachtet stieg die Zahl der Straftaten, bei denen Geflüchtete unter Tatverdacht standen, zwar zwischen 2015 (114.238) und 2016 (174.438) deutlich an, ging von da an aber wieder zurück auf 151.009 im Jahre 2019. Bei diesen Straftaten handelte es sich jeweils überwiegend um Rohheits- und Eigentumsdelikte. Allerdings lässt sich auch hier vermuten, dass die Medienberichterstattung weniger von der statistischen Lage als vielmehr von einzelnen, besonders

gravierenden Straftaten beeinflusst wurde. Vor allem die Jahre 2016 und 2017 waren von einer Reihe islamistischer Terroranschläge geprägt, an denen auch Geflüchtete bzw. Asylsuchende beteiligt waren. In Deutschland war dies insbesondere der Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt im Dezember 2016, bei dem ein im Sommer 2015 eingereister Asylbewerber zwölf Menschen tötete. Islamistische Anschläge mit einer ähnlich hohen oder höheren Anzahl von Opfern wurden u.a. in Brüssel (März 2016), Nizza (Juli 2016), London (März und Juni 2017), Stockholm (April 2017), Manchester (Mai 2017), Barcelona (August 2017), Lüttich (Mai 2018) und Straßburg (Dezember 2018) verübt. Hinzu kamen in Deutschland weitere Anschläge mit Todesfolge in Ansbach und Würzburg (jeweils Juli 2016) sowie Hamburg (Juli 2017) und Dresden (Oktober 2020).

Zudem ereigneten sich im Untersuchungszeitraum drei medial stark beachtete Kriminalfälle: Im Oktober 2016 tötete ein als unbegleiteter minderjähriger Flüchtling nach Deutschland gekommener Mann in Freiburg eine Studentin. Im Dezember 2017 erstach im rheinland-pfälzischen Kandel ein ebenfalls als minderjähriger Flüchtling nach Deutschland gekommener Afghane seine 15-jährige Ex-Freundin. Im Oktober 2018 vergewaltigten elf Männer überwiegend syrischer Herkunft wiederum in Freiburg eine 18-jährige Frau.

Die Straftaten gegen Flüchtlingsunterkünfte sanken von jeweils etwa 1.000 Fällen in den Jahren 2015 und 2016 auf etwas mehr als 100 Fälle im Jahre 2019 – auch weil solche Unterkünfte zunehmend geschlossen wurden. Die Gesamtzahl der Fälle, bei denen Geflüchtete Opfer von Straftaten wurden, blieb mit rund 50.000 Fällen pro Jahr über den gesamten Zeitraum weitgehend unverändert. Im August

Zwischen 2016 und 2020 gerieten Geflüchtete als Täter und Opfer von Kriminalität und Terrorismus in die öffentliche Diskussion.

Die Zahl der Straftaten, bei denen Geflüchtete unter Tatverdacht standen, stieg 2015 und 2016 an und ging anschließend wieder zurück.

Die Ereignisse haben vermutlich eine allgemeine öffentliche Diskussion über Flucht und Migration ausgelöst.

und September 2018 kam es in Chemnitz zu wochenlangen Demonstrationen und rechtsradikalen Ausschreitungen gegen Geflüchtete, nachdem ein Deutscher auf einem Stadtfest von einem syrischen Asylbewerber tödlich verletzt worden war. Im Juni 2019 wurde der Kassler Regierungspräsident Walter Lübcke von einem Neonazi erschossen – laut Aussage des Täters, weil sich Lübcke für die Aufnahme von Geflüchteten ausgesprochen hatte. Zudem ereigneten sich im Untersuchungszeitraum drei schwere rechtsextreme Anschläge, bei denen allerdings keine Geflüchteten unter den Opfern waren: Im Juli 2016 erschoss ein Deutsch-Iraner in München wahllos neun Menschen mit Migrationshintergrund und sich selbst. Im Oktober 2019 verübte ein Deutscher einen misslungenen Anschlag auf die Synagoge in Halle und tötete anschließend zwei Passanten. Im Februar 2020 tötete ein Deutscher in Hanau neun Menschen mit Migrationshintergrund, seine Mutter und sich selbst.

Zusammenfassend haben wir in diesem Abschnitt eine Reihe von Ereignissen und Fakten identifiziert, die die Medienberichterstattung über Geflüchtete zwischen 2016 und 2020 wahrscheinlich stark geprägt haben. Dabei haben die Medien vermutlich einerseits über die Ereignisse selbst berichtet. Andererseits haben viele dieser Ereignisse aber vermutlich auch eine allgemeine öffentliche Diskussion über Flucht und Migration ausgelöst. Wir werden auf diese Ereignisübersicht deshalb später zurückgreifen, um Veränderungen in der Menge und Art der Medienberichterstattung zu erklären.

METHODISCHES VORGEHEN

- Die Studie analysiert die Berichterstattung über Flucht und Migration mit einem Bezug zu Deutschland im Zeitraum von Februar 2016 bis Dezember 2020 mithilfe einer quantitativen Inhaltsanalyse. Bei dieser Methode erfassen geschulte Codierenden und Codierer eine große Anzahl von Text- und Bildmerkmalen (Kategorien) mit einem standardisierten Messinstrument (Codebuch).
- Untersucht wurde die Berichterstattung von sechs Leitmedien: Frankfurter Allgemeine Zeitung (rechtsliberale überregionale Tageszeitungen), Süddeutsche Zeitung (linksliberale überregionale Tageszeitung), Bild (Boulevardzeitung) sowie die Hauptnachrichtensendungen von ARD (Tagesschau), ZDF (heute) und RTL (RTL Aktuell).
- Codiert wurden sowohl schriftliche und gesprochene Textbeiträge als auch Pressefotos und Fernsehbilder. Während die Textcodierungen auf Beitragsebene erfolgten, wurden die Bildcodierungen in den Fernsehnachrichten für jede Einstellung getrennt vorgenommen. Aus forschungsökonomischen Gründen haben wir uns dabei allerdings auf die ersten fünf Einstellungen in jedem Beitrag beschränkt.
- Insgesamt haben wir neben einigen formalen Kategorien (z.B. Medium, Datum, Stilform) etwa 50 inhaltliche Kategorien auf Text- und Bildebene erhoben. Dazu gehören einerseits Kategorien, in denen wir das Vorkommen von Themen, Akteurinnen und Akteuren, Personenmerkmalen oder anderen Textinhalten (z.B. politische Maßnahmen oder Folgen der Zuwanderung) erfasst haben. In diesen Fällen haben wir pro Beitrag meist bis zu drei Codierungen (also z.B. bis zu drei Themen) zugelassen, sodass die Zahl der Codierungen die Zahl der Beiträge überschreiten kann. Andererseits enthält das Codebuch eine Reihe von Kategorien, mit denen wir mediale Bewertungen gemessen haben (z.B. die Bewertung von Personen und Institutionen oder die Darstellung der Zuwanderung als Chance oder Gefahr). Solche Bewertungskategorien haben wir auf fünfstufigen Skalen (z.B. eindeutig positiv bis eindeutig negativ) erfasst und für die Auswertung der Übersichtlichkeit halber auf dreistufige Skalen (positiv, ambivalent, negativ) zusammengefasst. Dabei weisen wir den Saldo aus positiven und negativen Beiträgen in Prozent aus.
- Aus allen Beiträgen in den untersuchten Medien haben wir für unsere Analyse eine halbe Stichprobe gezogen. Dazu haben wir das Prinzip der rollenden Woche gewählt, also in der ersten Woche die Tage Montag, Mittwoch und Freitag, in der folgenden Woche die Tage Dienstag, Donnerstag und Samstag analysiert usw. Sonntage haben wir von der Analyse ausgeschlossen.
- Eine wichtige Frage ist schließlich, nach welchen Kriterien wir die Beiträge ausgewählt haben, die zu codieren waren (Zugriffskriterien). Dies entscheidet darüber, über welche Bevölkerungsgruppe wir Aussagen machen, wenn wir die Berichterstattung über „Geflüchtete“ analysieren. Dabei haben wir einerseits Beiträge einbezogen, in denen Begriffe wie Geflüchtete, Flüchtling oder Flucht explizit vorkamen. Weil wir davon ausgegangen sind, dass die von uns avisierte Bevölkerungsgruppe einige Jahre nach der sogenannten „Flüchtlingskrise“ 2015/16 nicht mehr durchgängig mit diesen Begriffen bezeichnet wird, haben wir zudem alle Beiträge über Menschen aus Ländern einbezogen, die im Zuge der „Flüchtlingskrise“ eine große Rolle gespielt haben, auch wenn sie in einem Beitrag nicht explizit als Geflüchtete bezeichnet wurden. Dabei handelt es sich um folgende Länder (Länder, die in unserer Vorgängerstudie zur „Flüchtlingskrise“ mindestens ein Prozent der Nennungen in der Berichterstattung ausmachten): Syrien, Afghanistan, Eritrea, Irak, Albanien, Kosovo, Marokko, Pakistan, Serbien, Algerien und Somalia. Ob es sich bei diesen Personen im juristischen Sinne tatsächlich um Geflüchtete handelt, ist hier zunächst unerheblich. Wir verwenden diesen Begriff vor allem, um den Unterschied zu anderen Gruppen von Zugewanderten (insbesondere Arbeitsmigrantinnen und -migranten) zu verdeutlichen, die wir in unsere Untersuchung nicht einbeziehen.
- Nach diesen Kriterien haben die sieben an unserer Untersuchung beteiligten Codierenden und Codierer 5822 Beiträge erfasst. Die meisten davon entfielen auf die Frankfurter Allgemeine Zeitung (1959), gefolgt von der Süddeutschen Zeitung (1489) und der Bild (870). Die Beiträge in den Hauptnachrichtensendungen verteilten sich auf die Tagesschau (537) ZDF heute (511) und RTL Aktuell (456). Die Intercoodierbarkeit, also die prozentuale Übereinstimmung der acht Codierenden und Codierer untereinander (Holsti-Koeffizient) als Maß für die Qualität der Codierung, belief sich auf gute bis sehr gute Werte zwischen .96 (Herkunftsland) und .72 (Bewertung der Maßnahmen).

The cover features a central horizontal band of torn, layered paper in shades of grey and white. Above and below this band are areas filled with a fine, repeating diagonal line pattern. A solid red vertical bar is positioned on the left side of the cover.

**BEFUNDE:
DIE MEDIENBERICHTERSTATTUNG ÜBER
FLUCHT UND MIGRATION 2016-2020**

VERLAUF UND THEMATISCHE SCHWERPUNKTE DER BERICHTERSTATTUNG

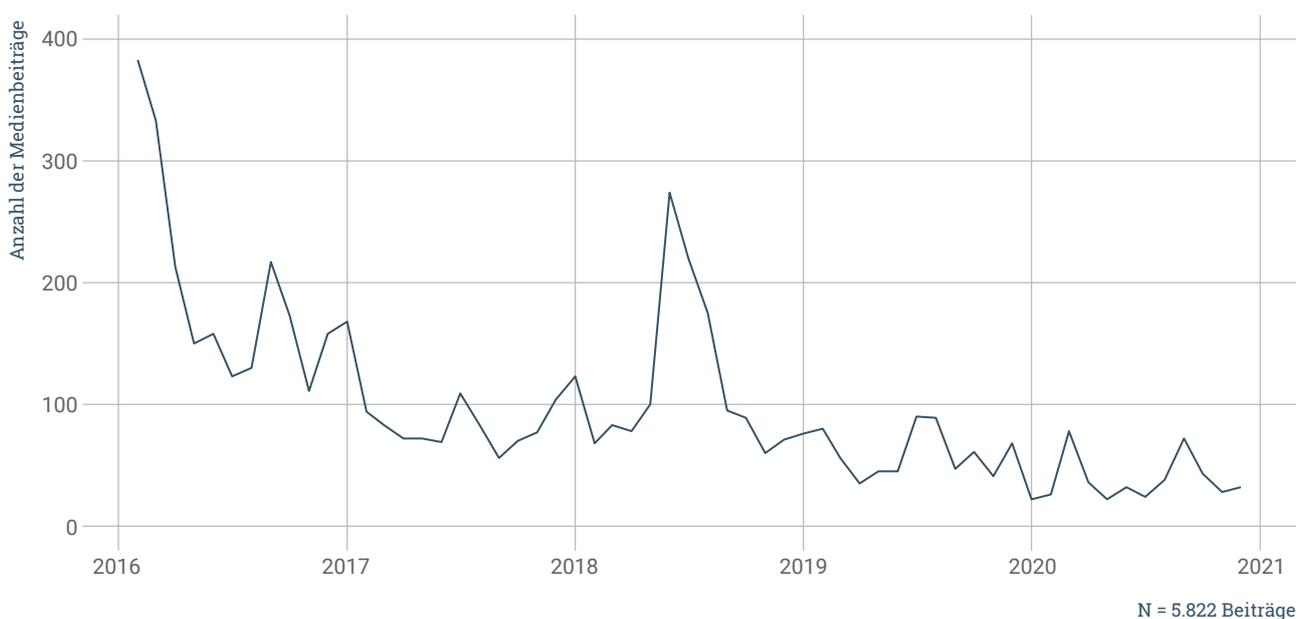
Schaubild 2 zeigt die Entwicklung der Medienberichterstattung über Flucht und Migration zwischen Februar 2016 und Dezember 2020 auf Monatsbasis. Dabei zeigt sich zunächst, dass die Berichterstattung im Untersuchungszeitraum fast kontinuierlich zurückging. Im Februar und März 2016 erschienen im Schnitt in jedem von uns untersuchten Medium täglich rund fünf Beiträge mit Bezug zu Geflüchteten. Die Werte entsprachen damit weitgehend denen, die wir in unserer Vorgängerstudie für den Januar 2016 gemessen hatten. Gegen Ende des Untersuchungszeitraums erschien dann in jedem Medium durchschnittlich nur noch an jedem zweiten Tag ein solcher Beitrag. Das Flüchtlingssthema verlor für die deutschen Medien in dem Moment weitgehend

an Relevanz, als die Zahl der nach Deutschland kommenden Geflüchteten deutlich zurückging. Zugleich lässt sich insbesondere die geringe Berichterstattungsmenge im Jahre 2020 aber auch damit erklären, dass die COVID-19-Pandemie in diesem Jahr nicht nur das Thema Migration, sondern auch alle anderen politischen Sachthemen in den Nachrichtenmedien weitgehend verdrängt hat.

Die Berichterstattungsmenge war dabei aber auch ereignisabhängigen Schwankungen unterworfen, die vor allem von politischen Entscheidungen geprägt waren. Die häufige Berichterstattung zu Beginn des Untersuchungszeitraums war vor allem auf die politische Diskussion über das

Die Berichterstattung ging im Untersuchungszeitraum fast kontinuierlich zurück.

SCHAUBILD 2: ANZAHL DER MEDIENBEITRÄGE ÜBER GEFLÜCHTETE IM ZEITVERLAUF



Der Anteil der Kriminalitätsberichterstattung über Geflüchtete schwankt im Zeitverlauf stark.

Türkei-Abkommen zur Schließung der Balkan-Route zurückzuführen. Einen weiteren Höhepunkt erlebte die Berichterstattung im August 2016 mit der Verabschiedung des Integrationsgesetzes. Nach 2016 stieg die Berichterstattung nur noch einmal erheblich an, als die Bundesregierung im Sommer 2018 über den Umgang mit Geflüchteten stritt, die bereits in einem anderen EU-Land Asyl beantragt hatten. Ereignisse im Zusammenhang mit Geflüchteten in Notsituationen sowie Kriminalität von und an Geflüchteten waren dagegen allenfalls für vergleichsweise kleine Ausschläge in der Berichterstattung verantwortlich, z.B. der Anschlag in Berlin im Dezember 2016 oder die Situation im Flüchtlingslager Moria im März und September 2020 (Schaubild 2).

Die Tatsache, dass politische Entscheidungen für die stärksten Ausschläge in der Berichterstattung verantwortlich sind, sagt allerdings noch nicht zwingend etwas über die generelle Verteilung der Themen aus. Tabelle 1 zeigt, welche thematischen Schwerpunkte im Untersuchungszeitraum in den von uns untersuchten Medien dominiert haben. Auch hier wird erkennbar, dass es in den Medien vor allem um das Verhalten der Politik und die von ihr getroffenen Maßnahmen und Entscheidungen ging. Die Geflüchteten selbst und die Notsituationen, in die sie auf der Flucht gerieten, machten etwa 12 Prozent der Themennennungen aus. Mit einer fast identischen Häufigkeit (13%) wurde auch die Kriminalität von Geflüchteten thematisiert (Tabelle 1).

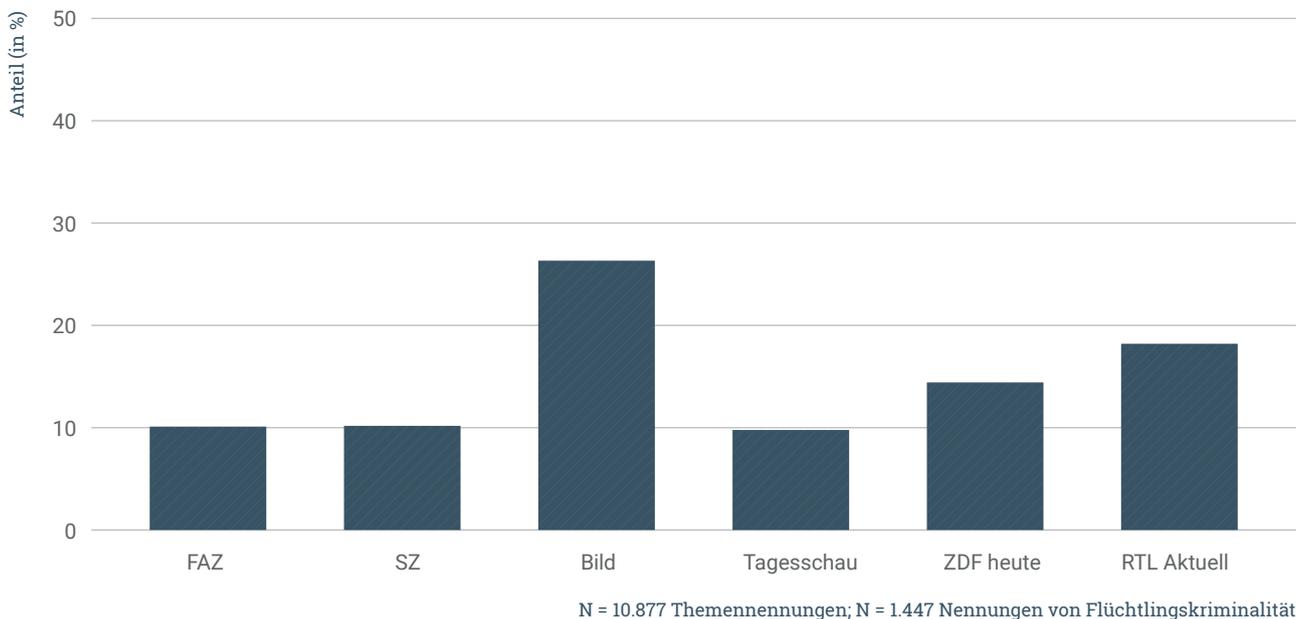
Vor allem die Kriminalität von Geflüchteten war damit medial deutlich präsenter als während der sogenannten „Flüchtlingskrise“ 2015/16. Der Anteil der Kriminalitätsberichterstattung an der Gesamtberichterstattung über Geflüchtete schwankte im Untersuchungszeitraum zwischen 2 Prozent im ersten Quartal 2020 und 25 Prozent im letzten Quartal 2016, in dem unter anderem der Terroranschlag in Berlin stattfand. Noch bemerkenswerter als die Unterschiede im Zeitverlauf sind hier allerdings die Unterschiede zwischen den von uns untersuchten Medien. Während die FAZ und die Süddeutsche Zeitung jeweils etwa 10 Prozent ihrer Berichterstattung den Themen Flüchtlingskriminalität und Terrorismus widmeten, waren es in der Bild mehr als 25 Prozent. Auch RTL Aktuell berichtete deutlich häufiger über diese Themen als die beiden öffentlich-rechtlichen Nachrichtensendungen (Schaubild 3).

TABELLE 1: THEMEN IN DER MEDIENBERICHTERSTATTUNG ÜBER GEFLÜCHTETE

Thema	Anteil (%)
Geflüchtete und Fluchtrouten	12
Verhalten der Politik	18
Legislative und exekutive Maßnahmen	18
Infrastrukturelle Maßnahmen/Forderungen	10
Maßnahmen an Grenzen	9
Humanitäre und integrative Maßnahmen/Forderungen	8
Kriminalität gegen Geflüchtete	3
Kriminalität von Geflüchteten	13
Sonstige Themen	7

N = 10.877 Themennennungen

SCHAUBILD 3: ANTEIL DER BERICHTE ÜBER DIE KRIMINALITÄT VON GEFLÜCHTETEN IN DEN UNTERSCHIEDLICHEN MEDIEN



Wie in unserer Vorgängerstudie, aber auch in der Kriminalitätsberichterstattung im Allgemeinen, waren dabei Gewalt (74%) und Sexualverbrechen (22%) deutlich überrepräsentiert. Eigentumsdelikte, die laut Statistik die meisten Straftaten von Geflüchteten betreffen, kamen dagegen nur selten in der Berichterstattung vor (4%).

Dass die mediale Darstellung von Migration und Flucht insgesamt stark von politischen Entscheidungen bestimmt war, zeigt sich auch an den zentralen Akteurinnen und Akteuren der Berichterstattung. Darunter verstehen wir die Personen oder Organisationen, die in einem Beitrag hauptsächlich erwähnt werden, d.h. deren Handlungen beschrieben oder deren Aussagen indirekt oder direkt zitiert werden. Während deutlich mehr als die Hälfte (59%) der erwähnten Akteurinnen und Akteure aus dem Bereich der nationalen oder internationalen Politik stammten, machten Geflüchtete nur 16 Prozent der Akteursnennungen aus (Tabelle 2).

Dies ist vergleichsweise wenig, aber immerhin genau doppelt so viel wie während der sogenannten „Flüchtlingskrise“ 2015/16. Prozentuiert man nicht auf die Akteursnennungen, sondern auf die Beiträge, kommen Geflüchtete in mehr als einem Drittel der Beiträge (37%) selbst maßgeblich vor.

TABELLE 2: HAUPTAKTEURINNEN UND -AKTEURE IN DER BERICHTERSTATTUNG ÜBER GEFLÜCHTETE

Akteurinnen und Akteure	Anteil (%)
Deutsche Politik	36
Internationale Politik	23
Geflüchtete	16
Andere Akteurinnen und Akteure	24

N = 13.039 Akteursnennungen

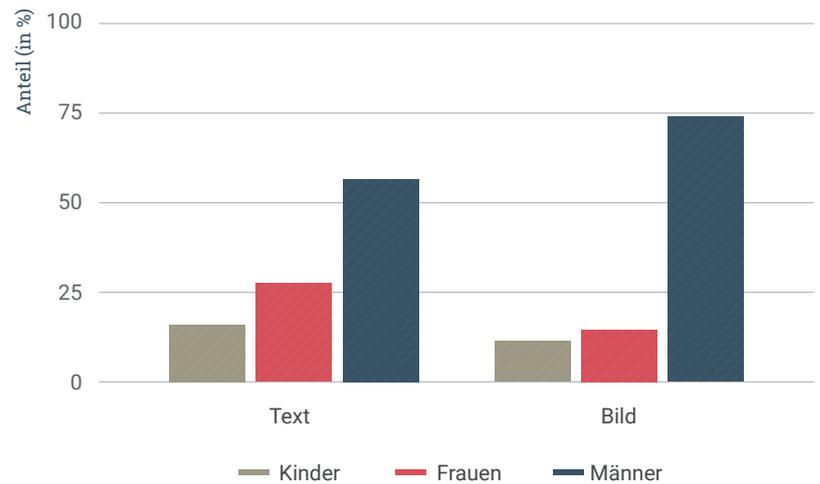
DARSTELLUNG DER GEFLÜCHTETEN: PERSONEN-MERKMALE, BEZEICHNUNGEN UND BEWERTUNGEN

Etwa ein Drittel der Medienberichterstattung in unserem Untersuchungszeitraum (30%) bezog sich auf Geflüchtete aus Syrien. Mit deutlichem Abstand folgen Menschen aus Afghanistan (16%), dem Irak (9%), Tunesien (6%) und Marokko (4%). Dies entsprach weitgehend der Verteilung der Nationalitäten derjenigen, die seit 2015 einen Asylantrag in Deutschland gestellt haben.

Die Berichterstattung drehte sich fast in unserem gesamten Untersuchungszeitraum überwiegend um erwachsene, männliche Geflüchtete. Dies galt besonders für bildliche Darstellungen. Über den gesamten Untersuchungszeitraum verteilt zeigten rund drei Viertel (74%) der Zeitungsfotos und Fernsehbilder von Geflüchteten erwachsene Männer.

Bezogen auf die textuellen Informationen, waren es immer noch etwas mehr als die Hälfte (57%) (Schaubild 4). Diese Verteilung entspricht nicht der Verteilung von Alter und Geschlecht derjenigen, die zwischen 2016 und 2020 in Deutschland Asylanträge gestellt haben, weil dies, wie wir in Abschnitt 2 gezeigt haben, zunehmend und am Ende des Untersuchungszeitraums sogar überwiegend Kinder waren. Allerdings können wir davon ausgehen, dass sich die Medienberichterstattung in dieser Zeit nicht (nur) mit diesen Neuankömmlingen beschäftigt hat, sondern vielmehr mit denjenigen Menschen, die bereits während der sogenannten „Flüchtlingskrise“ 2015/16 nach

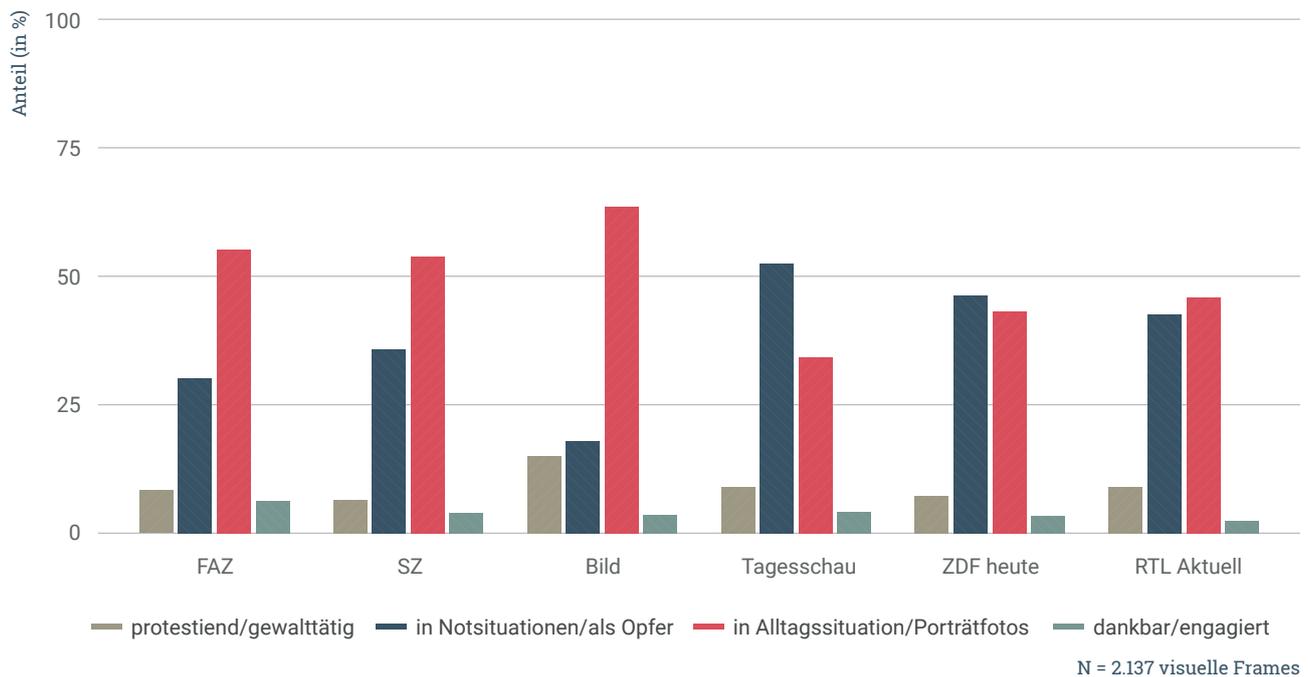
SCHAUBILD 4: SOZIODEMOGRAFIE DER IN DEN MEDIEN DARGESTELLTEN GEFLÜCHTETEN



N = 2.872 textliche Erwähnungen; N = 4.056 bildliche Darstellungen

Deutschland gekommen sind. Selbst wenn man dies zum Maßstab nimmt, haben die Medien aber vor allem im Bild überproportional über erwachsene Männer berichtet. Der zuletzt stark erhöhte Anteil von Kindern unter den Zuwanderern schlug sich dagegen nur kurzzeitig Anfang 2020 in entsprechender Berichterstattung nieder, weil die Medien über die Pläne der Bundesregierung berichteten, unbegleitete Minderjährige aus griechischen Flüchtlingslagern aufzunehmen (jeweils über 50% Darstellung von Kindern in Text und Bild).

Die Berichterstattung drehte sich fast im gesamten Untersuchungszeitraum überwiegend um erwachsene, männliche Geflüchtete.

SCHAUBILD 5: VISUELLES FRAMING VON GEFLÜCHTETEN IN UNTERSCHIEDLICHEN MEDIEN


Bis 2018 haben Bilder von Geflüchteten in Alltagssituationen dominiert.

Ab Mitte 2018 zeigten die Medien zunehmend und schließlich überwiegend Geflüchtete in Notsituationen.

Die Bilder, auf denen Geflüchtete zu sehen waren, haben wir anschließend etwas genauer im Hinblick auf die jeweilige Situation der Darstellung analysiert (visuelles Framing). Dabei haben wir insbesondere die Darstellung von Geflüchteten in Notsituationen (z.B. Bilder von Seenotrettungen) von der Darstellung von Geflüchteten in Alltagssituationen und Porträtfotos von Geflüchteten unterschieden, weil diese Bilder jeweils einen völlig anderen Eindruck von der Situation von Geflüchteten vermitteln. Die Analysen im Zeitverlauf zeigen zunächst, dass zu Beginn unseres Untersuchungszeitraums eindeutig Bilder von Geflüchteten in Alltagssituationen dominiert haben. Dies änderte sich allerdings ab Mitte des Jahres 2018, als die von uns untersuchten Medien zunehmend und schließlich überwiegend Geflüchtete in Notsituationen zeigten. Dies betraf beispielsweise Bilder von den beiden Seenotrettungsaktionen mit deutscher Beteiligung im

Sommer 2018 bzw. Sommer 2019 sowie Bilder von den Zuständen in den griechischen Flüchtlingslagern im Jahr 2020. Ebenso bemerkenswert wie diese zeitlichen Veränderungen sind die Unterschiede zwischen den von uns untersuchten Medien: Während Tageszeitungen, insbesondere die Bild, im gesamten Untersuchungszeitraum deutlich überwiegend Porträtfotos oder Fotos von Geflüchteten in Alltagssituationen zeigten, dominierten vor allem in der Tagesschau Bilder von Geflüchteten in Notsituationen (Schaubild 5).

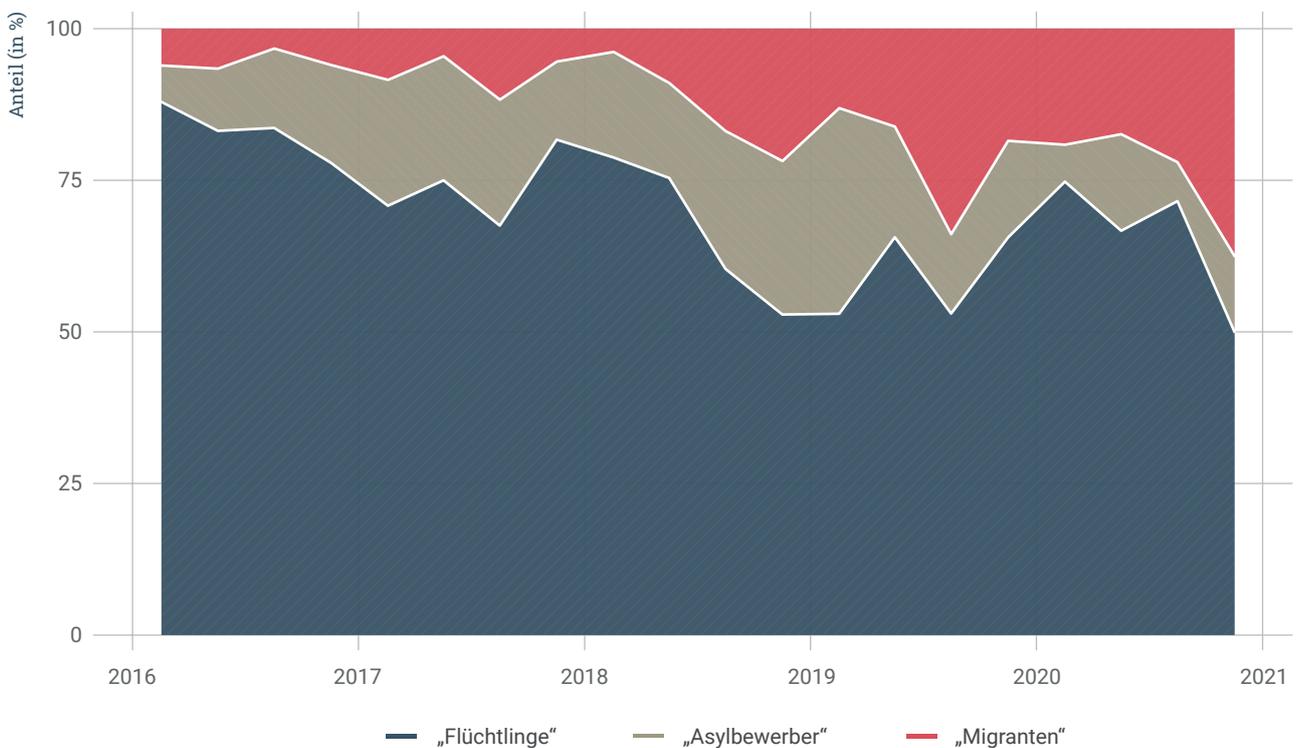
Für die Wahrnehmung in der Bevölkerung spielt es vermutlich auch eine Rolle, wie die Menschen, die nach Deutschland kommen, in den Medien bezeichnet werden (verbales Framing). Wir haben hier zwischen weitgehend neutralen Formulierungen („Migranten“ und „Asylbewerber“) und Formulierungen, die die Schutzbedürftigkeit der Menschen betonen

(„Flüchtlinge/Geflüchtete“), unterschieden und erfasst, welche der Bezeichnungen in einem Medienbeitrag überwiegend verwendet wurde. Die Analysen zeigen, dass die von uns untersuchten Medien auch zwischen 2016 und 2020 vor allem die Bezeichnung „Flüchtlinge“ bzw. sehr selten auch „Geflüchtete“ verwendet haben (74%). Entsprachen diese Werte allerdings zu Beginn unseres Untersuchungszeitraums noch weitgehend denen, die wir während der sogenannten „Flüchtlingskrise“ 2015/16 gemessen haben (etwa 90% „Flüchtlinge/Geflüchtete“), erhöhte sich im Zeitverlauf zunächst ab Mitte 2016 die Verwendung des Begriffs „Asylbewerber“, ab Mitte 2018 dann auch die Verwendung des Begriffs „Migranten“, der während der „Flüchtlingskrise“ in den deutschen Medien praktisch nicht verwendet wurde.

Am Ende des Untersuchungszeitraums entfiel dann zeitweise nur noch die Hälfte der Bezeichnungen auf den Begriff „Flüchtlinge/Geflüchtete“ (Schaubild 6). Diese Veränderungen lassen sich zum einen damit erklären, dass die Menschen, die überwiegend 2015 nach Deutschland gekommen sind, zunehmend Asylanträge gestellt haben und somit rechtlich erst zu Asylbewerbern wurden. Zum anderen verweisen die Unterschiede in der Verwendung der Bezeichnungen durch unterschiedliche Medien aber auch auf politisches Kalkül in der Begriffsverwendung: Über den gesamten Untersuchungszeitraum betrachtet, verwendeten die Fernsehsender und die linksliberale Süddeutsche Zeitung (jeweils etwa 80 Prozent) die Bezeichnung „Flüchtlinge/Geflüchtete“ deutlich häufiger als die eher konservativen Medien Bild (72%) und vor allem FAZ (66%).

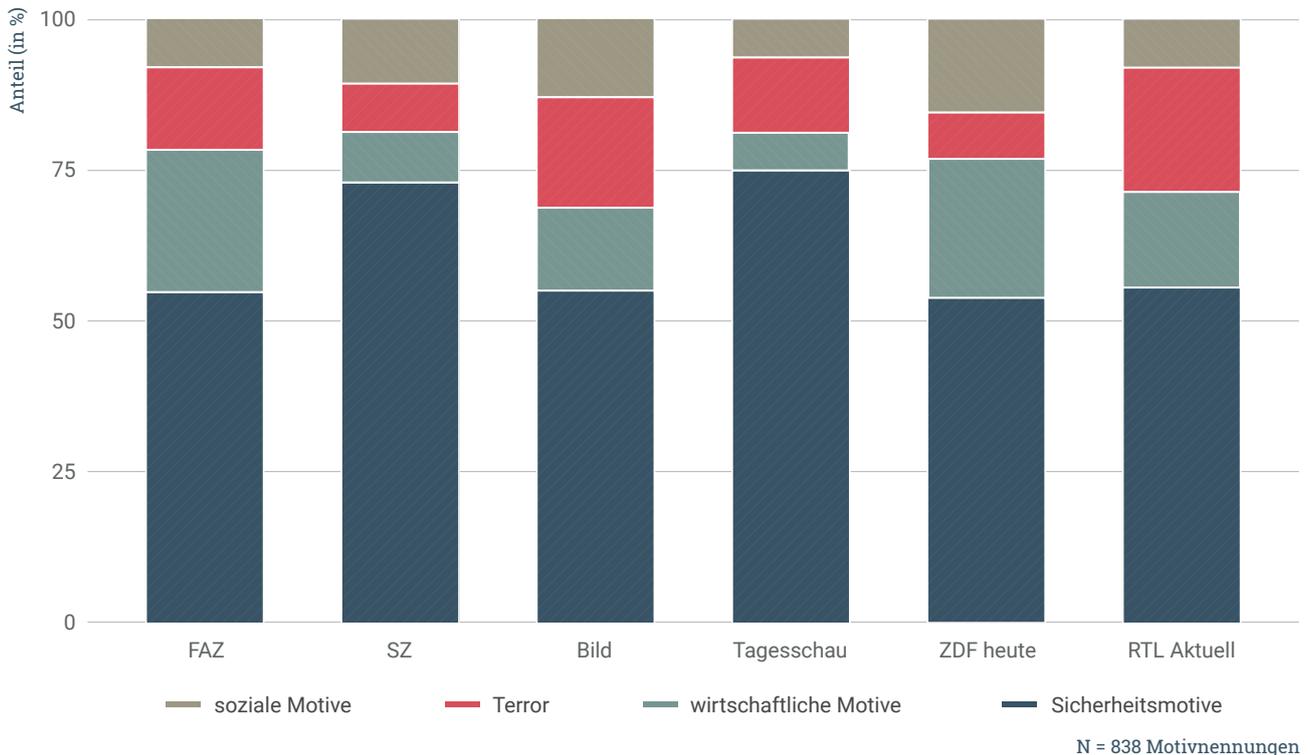
Die Medien haben zwischen 2016 und 2020 vor allem die Bezeichnung *Flüchtlinge* bzw. sehr selten auch *Geflüchtete* verwendet.

SCHAUBILD 6: MEDIALE BEZEICHNUNGEN FÜR DIE NACH DEUTSCHLAND GEKOMMENEN MENSCHEN



N = 4.412 Nennungen

SCHAUBILD 7: DARSTELLUNG DER FLUCHTMOTIVE IN UNTERSCHIEDLICHEN MEDIEN



Medien stellen mit Abstand am häufigsten die Flucht vor Krieg und Verfolgung als Fluchtmotiv dar.

Geflüchtete wurden im gesamten Untersuchungszeitraum überwiegend negativ dargestellt.

Die Verwendung dieser Begriffe spiegelt sich auch in der medialen Zuschreibung von unterschiedlichen Fluchtursachen wider. Insgesamt stellten die Medien im Untersuchungszeitraum mit deutlichem Abstand am häufigsten die Flucht vor Krieg und Verfolgung als Fluchtmotiv (62%) der nach Deutschland gekommenen Menschen dar. Wirtschaftliche (16%) und soziale Motive (10%), wie beispielsweise der Familiennachzug, wurden seltener als Ursachen für die Zuwanderung genannt. Dies blieb im Untersuchungszeitraum weitgehend konstant, unterschied sich aber wiederum zwischen den von uns untersuchten Medien. Insbesondere bei der Süddeutschen Zeitung (73%) sowie der Tagesschau (75%) dominierten Sicherheitsmotive, während wirtschaftliche Motive überdurchschnittlich häufig in Beiträgen der FAZ (24%) und der heute-Sendung (23%) thematisiert wurden (Schaubild 7).

Eine besonders wichtige Frage ist schließlich, wie die Geflüchteten in den Medien bewertet wurden. Dazu haben wir für

jeden Beitrag, in dem Geflüchtete vorkamen, ihre Bewertung erfasst. Wie bereits im Methodenteil beschrieben, haben wir für die Auswertung einen Saldo aus positiven und negativen Beiträgen in Prozent berechnet. Die Analysen zeigen, dass Geflüchtete in unserem gesamten Untersuchungszeitraum im Schnitt überwiegend negativ dargestellt wurden. Nachdem die Darstellung zu Beginn des Untersuchungszeitraums nur leicht negativ war, wurde sie im Verlauf der fünf Jahre fast kontinuierlich negativer bis am Ende kaum noch Beiträge mit einer positiven Darstellung von Geflüchteten erschienen. Dabei fällt auf, dass die Darstellung in den Zeiträumen weniger negativ ausfiel, in denen die Medien häufiger berichtet haben und vor allem politische Entscheidungen zur Aufnahme oder Abweisung von Geflüchteten thematisierten (Frühjahr 2016, Sommer 2016 und Sommer 2018). Dagegen wurde in den Jahren 2019 und 2020 nicht nur wenig, sondern auch sehr negativ über Geflüchtete berichtet (Schaubild 8).

Die Darstellung von Geflüchteten fiel zwischen Februar 2016 und Dezember 2020 folglich vollkommen anders aus als zu Beginn der so genannten „Flüchtlingskrise“ 2015/16. Dies zeigt sich auch, wenn man die Berichterstattung der von uns untersuchten Medien miteinander vergleicht. Berichteten 2015 noch alle Medien mit Ausnahme der Bild im Schnitt deutlich positiv über Geflüchtete, galt dies in den Folgejahren für kein einziges Medium mehr. Am wenigsten negativ berichtete die linksliberale Süddeutsche Zeitung (-14%), am negativsten wiederum die Bild (-71%). Vor allem die beiden öffentlich-rechtlichen Nachrichtensendungen haben dabei die Tendenz ihrer Berichterstattung nahezu ins Gegenteil verkehrt. Wurden hier 2015 fast nur positive Berichte über Geflüchtete gesendet, gehörten beide nun zu den Medien mit der negativsten Darstellung (Schaubild 9).

SCHAUBILD 8: DARSTELLUNG DER GEFLÜCHTETEN IM ZEITVERLAUF

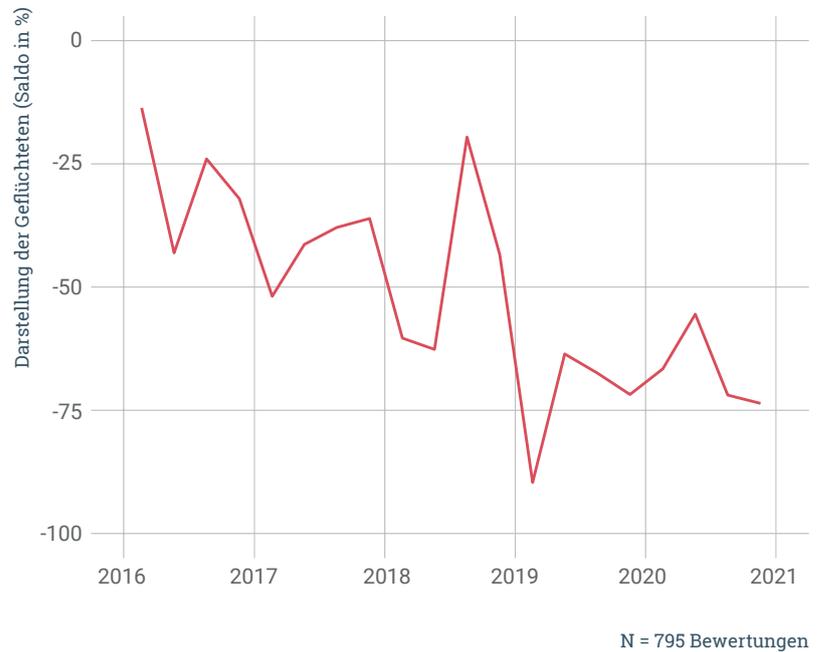
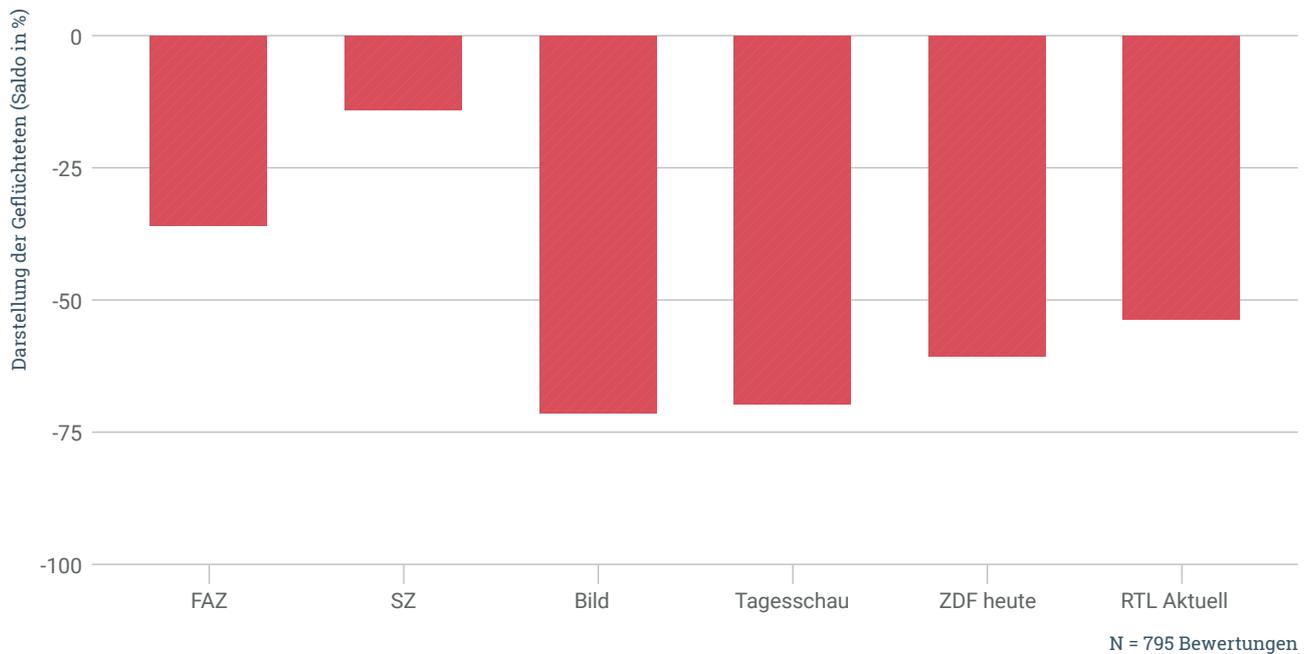


SCHAUBILD 9: DARSTELLUNG DER GEFLÜCHTETEN IN UNTERSCHIEDLICHEN MEDIEN



PROBLEMATISIERUNG UND LÖSUNGSANSÄTZE: FOLGEN DER ZUWANDERUNG UND POLITISCHE MASSNAHMEN

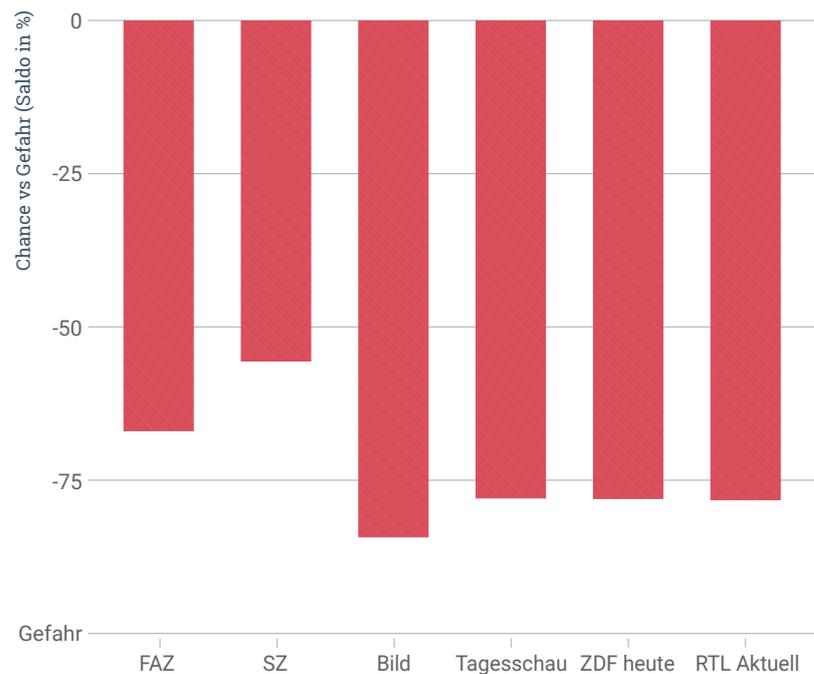
Bereits in unserer Vorgängerstudie zur Medienberichterstattung in der sogenannten „Flüchtlingskrise“ war erkennbar, dass die Medien trotz ihrer positiven Darstellung der Geflüchteten die Zuwanderung als abstrakten Sachverhalt überwiegend negativ bewerteten. Unsere Analysen für die Jahre 2016 bis 2020 zeigen, dass sich diese Bewertung weiter verfestigt hat. Über den gesamten Zeitraum dominierte gleichermaßen die Einschätzung der Zuwanderung als Gefahr, ihre Chancen wurden noch seltener herausgestellt als während der „Flüchtlingskrise“. Am wenigsten deutlich war der Überhang der Einschätzung als Gefahr in der Süddeutschen Zeitung. Auch hier betrug er aber mehr als -50 Prozent (zum Vergleich 2015: -34%). In der Bild betrug er sogar mehr als -80 Prozent (2015: -62%) (Schaubild 10).

Die Analyse der in den Medien dargestellten Folgen der Zuwanderung erlaubt schließlich ein genaueres Bild, warum Zuwanderung eher als Chance oder eher als Gefahr dargestellt wurde. Dazu haben wir die in den Medien thematisierten Folgen der Zuwanderung grob in drei Gruppen eingeteilt: Folgen für die Sicherheit (z.B. Kriminalität, Terrorismus), Folgen für die

Wirtschaft (z.B. Zuwanderung von Fachkräften, finanzielle Belastung) und soziale Folgen (z.B. kulturelle Bereicherung, Probleme bei der Integration). Unsere Analysen zeigen, dass die Medien überwiegend Folgen für die Sicherheit der Bevölkerung thematisiert haben (57%). Dies galt im gesamten Untersuchungszeitraum, aber vor allem im Zusammenhang mit den terroristischen Anschlägen in den Jahren 2016 und 2017. Blieben solche Anschläge aus, thematisierten die Medien wirtschaftliche Folgen ähnlich häufig wie Folgen für die Sicherheit. Soziale Folgen wurden insgesamt selten erwähnt. Bemerkenswert sind auch hier wieder die Unterschiede zwischen den Medien. Während die Bild in mehr als drei Vierteln ihrer Berichterstattung Folgen für die Sicherheit thematisierte, waren es in der FAZ nur etwas mehr als 40 Prozent (Schaubild 11).

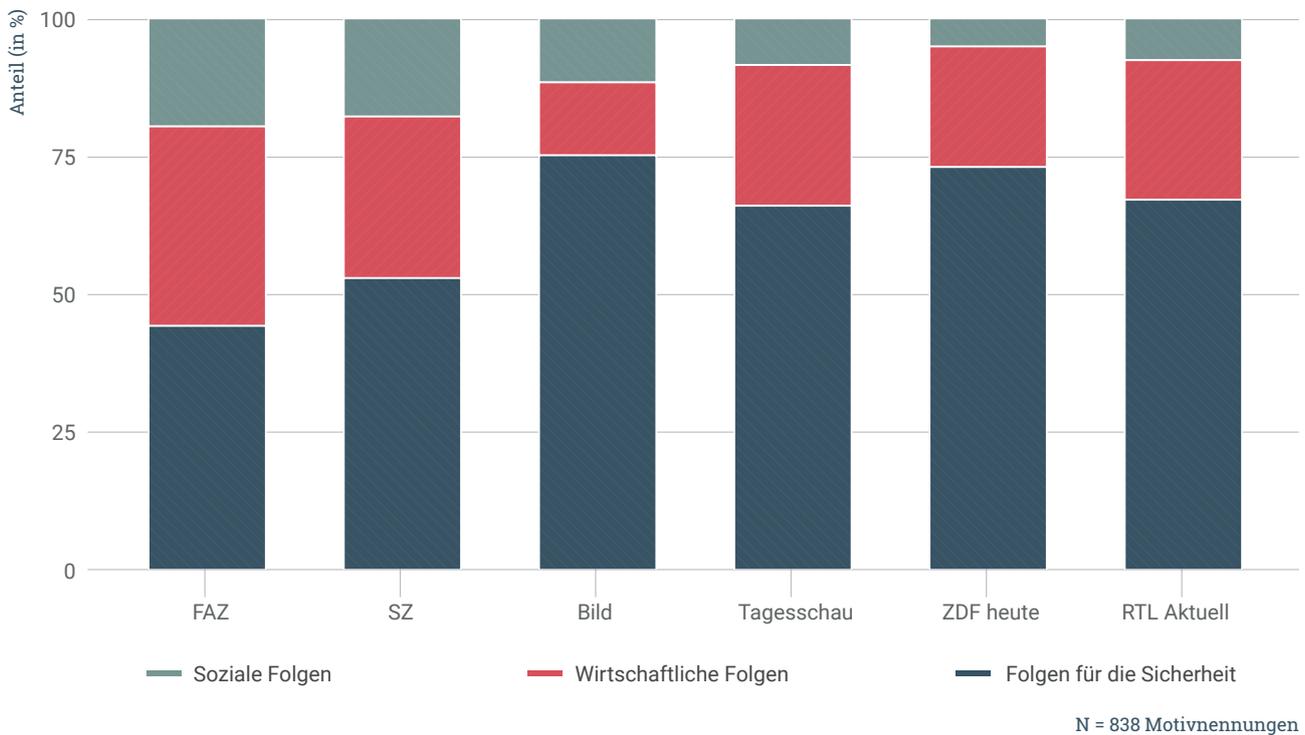
Über den gesamten Zeitraum dominierte gleichermaßen die Einschätzung der Zuwanderung als Gefahr.

SCHAUBILD 10: DARSTELLUNG DER ZUWANDERUNG ALS CHANCE ODER GEFAHR IN UNTERSCHIEDLICHEN MEDIEN



N = 2.275

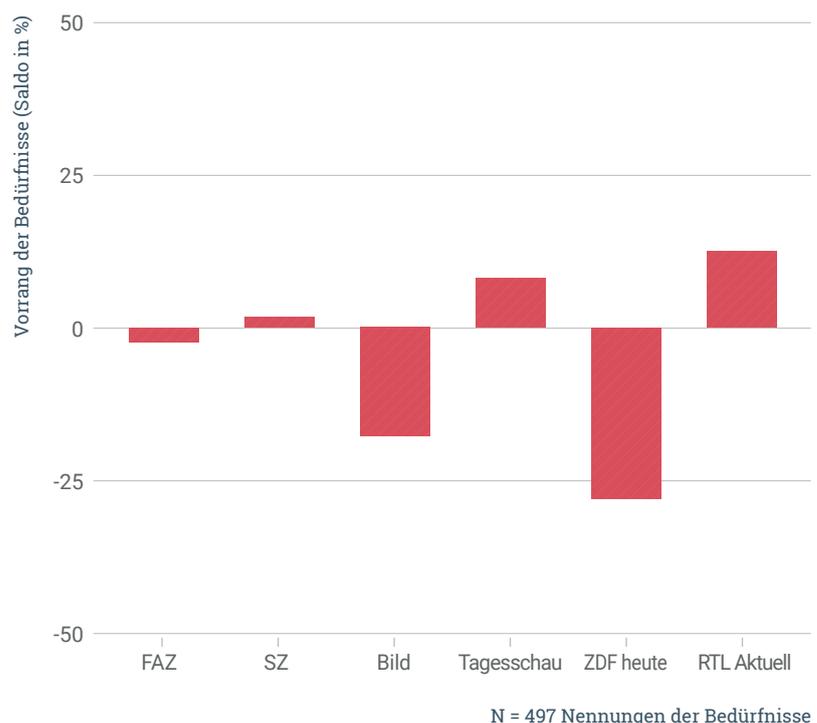
SCHAUBILD 11: THEMATISIERUNG UNTERSCHIEDLICHER FOLGEN DER ZUWANDERUNG



Zudem haben wir erfasst, ob in der Berichterstattung positive oder negative Folgen erwähnt wurden. Während die Folgen für die Sicherheit per se negativ sind, wurden wirtschaftliche und soziale Folgen unterschiedlich eingeschätzt. In Bezug auf soziale Folgen überwog eine negative Bewertung. Dagegen wurden in Bezug auf die Wirtschaft überwiegend positive Folgen thematisiert. Insgesamt war die überwiegende Darstellung der Zuwanderung als Gefahr folglich vor allem durch eine Furcht vor der Zunahme von Kriminalität und Terrorismus verursacht.

Eine mögliche Ursache für die Einschätzung der Zuwanderung als Gefahr ist die Annahme, der einheimischen Bevölkerung könnten durch die Zuwanderung Nachteile entstehen. Wir haben deshalb auch erfasst, ob die Medienbeiträge eher den Bedürfnissen der Geflüchteten oder eher den Bedürfnissen der einheimischen Bevölkerung den Vorrang einräumen. Wie bereits während der sogenannten „Flüchtlings-

SCHAUBILD 12: DARSTELLUNG DES VORRANGS DER BEDÜRFNISSE VON GEFLÜCHTETEN ODER EINHEIMISCHEN

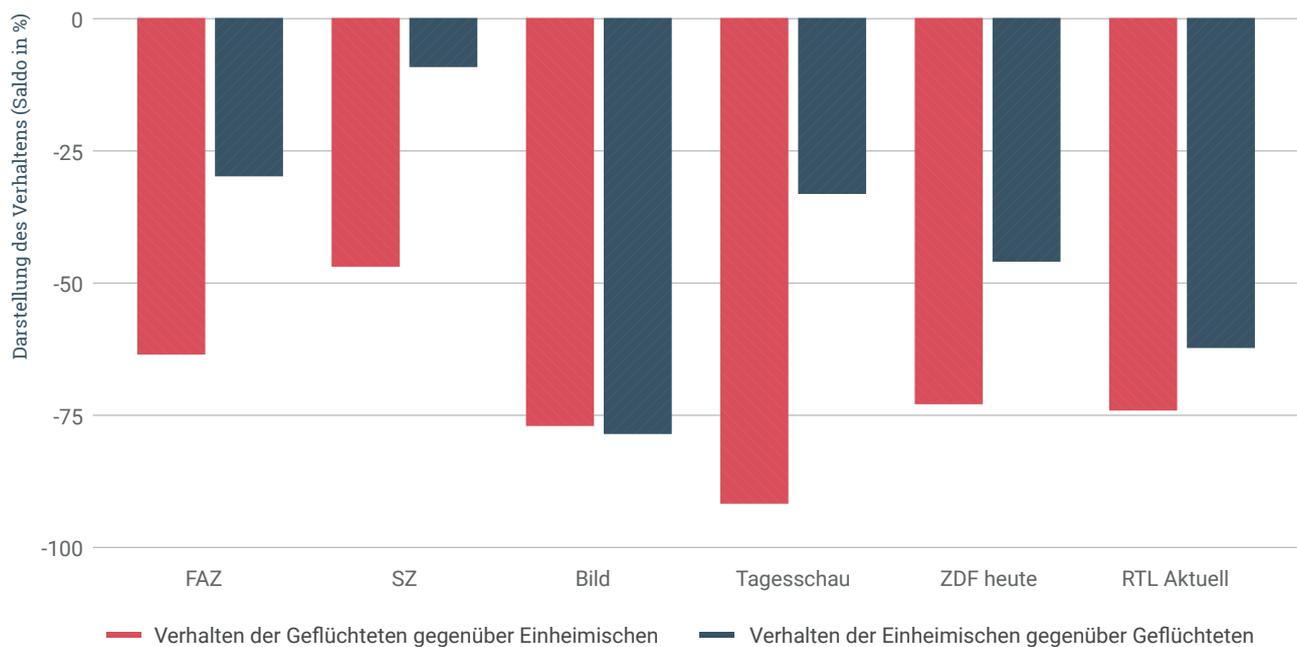


Die Medien vermittelten überwiegend den Eindruck einer wechselseitigen Konfrontation zwischen Geflüchteten und Einheimischen.

krise“ zeigen sich auch hier recht deutliche Unterschiede vor allem zwischen den Tageszeitungen mit unterschiedlichen redaktionellen Linien. Während die konservative FAZ und vor allem die Bild den Bedürfnissen der Einheimischen überwiegend den Vorrang einräumten, betonte die linksliberale Süddeutsche Zeitung überwiegend die Bedürfnisse der Zugewanderten. Während 2015 noch alle Fernsehnachrichtensendungen eindeutig die Interessen der Zugewanderten betonten, stellte die heute-Sendung zwischen 2016 und 2020 überwiegend die Bedürfnisse der einheimischen Bevölkerung in den Vordergrund (Schaubild 12). Selbstverständlich haben wir dabei ebenfalls erhoben, ob ein Medienbeitrag die Bedürfnisse von Einheimischen und Zugewanderten explizit nicht als gegensätzlich dargestellt hat. Solche Fälle waren zwar vergleichsweise selten (9%), kamen aber immerhin fast doppelt so häufig vor wie während der sogenannten „Flüchtlingskrise“ (5%).

Zu dieser eher konfrontativen Berichterstattung passt auch ein weiterer Befund. Wir haben erfasst, ob die Medienbeiträge 1) das Verhalten der Geflüchteten gegenüber der einheimischen Bevölkerung und 2) das Verhalten der einheimischen Bevölkerung gegenüber Geflüchteten als eher friedlich und integrativ oder als eher gewaltsam und abweisend dargestellt haben. Unsere Analysen zeigen zum einen, dass das Verhalten der Geflüchteten (1.273 Fälle) etwa doppelt so häufig thematisiert wurde wie das Verhalten der Einheimischen (618 Fälle). Zum anderen wird erkennbar, dass das Verhalten beider Gruppen eindeutig als eher gewaltsam und abweisend charakterisiert wurde. Dies galt für das Verhalten der Geflüchteten (-67%) sogar noch deutlich stärker als für das Verhalten der einheimischen Bevölkerung (-40%). Insgesamt vermittelten die Medien folglich überwiegend den Eindruck einer wechselseitigen Konfrontation zwischen Geflüchteten und Einheimischen (Schaubild 13).

SCHAUBILD 13: DARSTELLUNG DES VERHALTENS VON GEFLÜCHTETEN UND EINHEIMISCHEN



N = 1.273 Darstellung des Verhaltens von Geflüchteten; N = 618 Darstellung des Verhaltens der Einheimischen

Wir haben schließlich auch untersucht, welche Maßnahmen im Rahmen der Flüchtlingspolitik die Medien thematisiert haben. Diese haben wir anschließend grob zu zwei Gruppen zusammengefasst: inkludierende Maßnahmen, also solche, die darauf abzielen, Geflüchtete aufzunehmen und zu unterstützen, und exkludierende Maßnahmen, also solche, die darauf abzielen, Zuwanderung zu verhindern oder Zugewanderte in ihre Heimatländer zurückzuführen. Die Analysen zeigen, dass während des gesamten Untersuchungszeitraums und in allen Medien deutlich überwiegend exkludierende Maßnahmen, insbesondere Maßnahmen zur Verhinderung von Zuwanderung thematisiert wurden (73%). Wurden solche exkludierenden Maßnahmen thematisiert, wurden sie zu allen Zeitpunkten und in allen Medien außer der Süddeutschen Zeitung überwiegend positiv bewertet. Deutlich positiver wurden allerdings durchweg inkludierende Maßnahmen bewertet. Die Medien befürworteten die Integration von Geflüchteten folglich deutlich stärker als ihre Zurückweisung. Zugleich thematisierten sie solche ablehnenden Maßnahmen aber deutlich häufiger (Schaubild 14).

SCHAUBILD 14: BEWERTUNG INKLUDIERENDER UND EXKLUDIERENDER MASSNAHMEN DER FLÜCHTLINGSPOLITIK

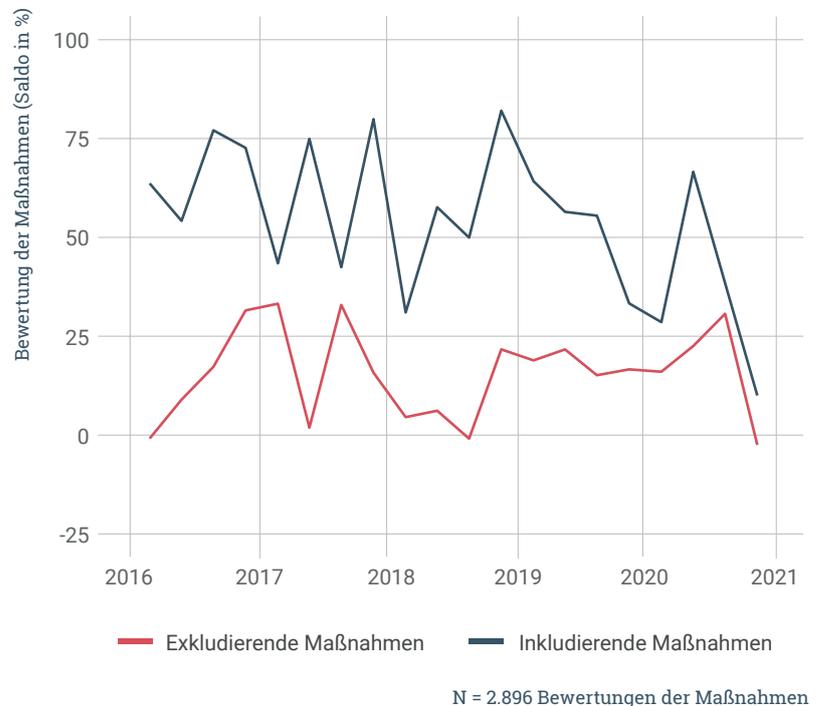
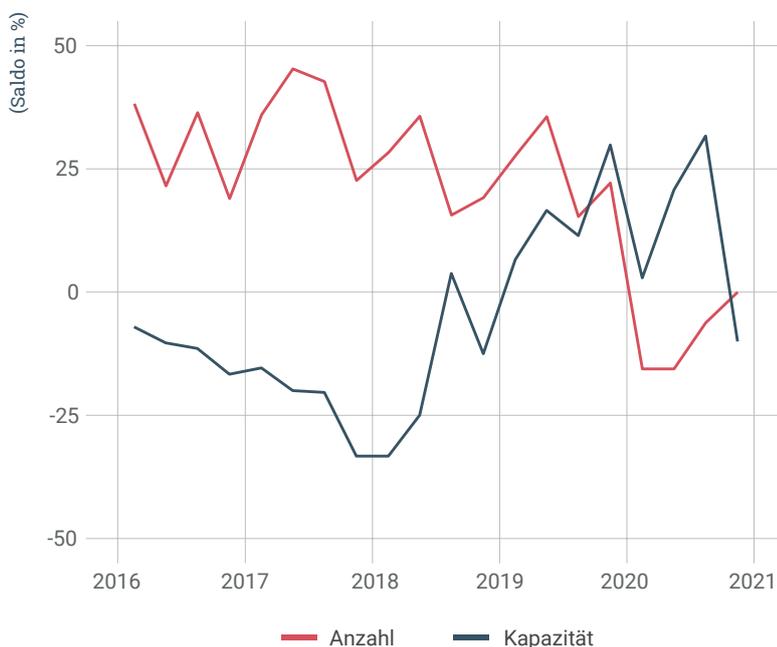


SCHAUBILD 15: BEWERTUNG DER ZAHL DER GEFLÜCHTETEN UND DARSTELLUNG DER AUFNAHMEKAPAZITÄT IN DEUTSCHLAND IM ZEITVERLAUF



Die Frage, wie exkludierende und inkludierende Maßnahmen in den Medien bewertet werden, hängt vermutlich eng mit der Frage zusammen, wie die Medien die Zahl der Zugewanderten im Vergleich zur Aufnahmekapazität in Deutschland einschätzen. Auch hierzu haben wir Analysen durchgeführt. Die Daten zeigen, dass die von uns untersuchten Medien über weite Teile des Untersuchungszeitraums die Zahl der Zugewanderten als hoch und die Aufnahmekapazität in Deutschland als gering bewertet haben. Diese Einschätzung drehte sich allerdings in den letzten beiden Untersuchungsjahren. Insbesondere 2020, als es vor allem um die Aufnahme von Menschen aus den griechischen Flüchtlingslagern ging, stellten die Medien die Zahl der Aufzunehmenden nun als gering und die Kapazitäten als hoch dar. Allerdings müssen wir hier einschränkend darauf hinweisen, dass die Analysen der Darstellungen zur Aufnahmekapazität ab Mitte 2018 auf relativ kleinen Fallzahlen von weniger als 30 Beiträgen pro Quartal basieren (Schaubild 15).

DIE ROLLE DER NACHRICHTENMEDIEN: MEDIALE SELBSTKRITIK?

Wir haben bereits eingangs darauf hingewiesen, dass die Medienberichterstattung während der sogenannten „Flüchtlingskrise“ von vielen Menschen als einseitig wahrgenommen wurde. Einige Medien haben bereits damals auf diese Kritik reagiert und sie als mehr oder weniger berechtigt bezeichnet (z.B. Bär 2015). Deshalb haben wir für unseren Untersuchungszeitraum auch erfasst, ob und auf welche Art (zu positive oder zu negative Berichterstattung über Geflüchtete) Medienkritik in den von uns untersuchten Medien thematisiert wurde und ob die Berichte die Kritik für berechtigt oder unberechtigt hielten. Im gesamten Untersuchungszeitraum (halbe Stichprobe) thematisierten in den von uns untersuchten Medien allerdings lediglich 39 Beiträge die Kritik an der Medienberichterstattung. Diese Beiträge erschienen fast ausschließlich in der FAZ (20) und der Süddeutschen Zeitung (12).

Auch wenn die Fallzahlen gering sind, zeigen unsere Analysen ein klares Muster: Beide Zeitungen hielten die Kritik an der Medienberichterstattung überwiegend für berechtigt, thematisierten dabei aber jeweils eine vollkommen andere Art von Kritik. Während die FAZ überwiegend den eher aus konservativen Kreisen erhobenen Vorwurf als berechtigt bezeichnete, die Medien hätten die Geflüchteten zu positiv dargestellt, hielt die Süddeutsche Zeitung vor allem den eher aus linken Kreisen geäußerten Vorwurf, die Medien hätten die Geflüchteten zu negativ dargestellt, für gerechtfertigt. In beiden Fällen handelte es sich folglich nicht um eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der Kritik an der Medienberichterstattung im Allgemeinen, sondern eher um eine ideologische Selbstvergewisserung: Beide Medien bezeichneten die Kritik an der Berichterstattung der jeweils anders berichtenden Medien als gerechtfertigt und bestätigten sich folglich indirekt selbst darin, nichts falsch gemacht zu haben.

Die untersuchten Medien thematisierten in lediglich 39 Beiträgen die Kritik an der Berichterstattung.

FAZ und SZ bestätigten sich indirekt selbst darin, nichts falsch gemacht zu haben.



**ZUSAMMENFASSUNG UND
HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN**

ZUSAMMENFASSUNG UND HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Fasst man die Befunde noch einmal zusammen, kann man erstens festhalten, dass die Medienberichterstattung über Flucht und Migration zwischen 2016 und 2020 von einer starken Widersprüchlichkeit geprägt war. Auf der einen Seite bezeichneten die von uns untersuchten Medien die Menschen, die nach Deutschland gekommen sind, weit überwiegend als „Flüchtlinge“ und stellten die Flucht vor Krieg und Verfolgung als ihr zentrales Fluchtmotiv dar. Dies impliziert eine Schutzbedürftigkeit, die eine Aufnahme der Menschen aus humanitären Gründen nahelegt. Dementsprechend bewerteten sie auch inkludierende Maßnahmen (z.B. Integrationsförderung) deutlich positiver als exkludierende Maßnahmen (z.B. Verhinderung von Einwanderung). Auf der anderen Seite bewerteten sie die Geflüchteten im Schnitt deutlich negativ, betrachteten die Zuwanderung weit überwiegend als Gefahr und thematisierten vor allem ihre negativen Folgen für die Sicherheit in Deutschland. Das Verhältnis von Geflüchteten und Einheimischen beschrieben sie als eher konfrontativ. Sie bildeten überproportional Männer ab und thematisierten überproportional schwere Straftaten von Zugewanderten.

Eine ähnliche Widersprüchlichkeit in den Medienberichten hatten wir bereits während der sogenannten „Flüchtlingskrise“ 2015/16 festgestellt. Allerdings hat sich die Berichterstattung nach 2015 noch einmal eindeutig ins Negative verschoben. Dabei wurden insbesondere die Geflüchteten deutlich negativer bewertet als während der „Flüchtlingskrise“. Vor allem in den Fernsehnachrichten erlebten diese eine komplette Umbewertung: Bewerteten 2015 noch fast alle Fernsehnachrichtenbeiträge Geflüchtete positiv, waren es

in den folgenden Jahren nur noch sehr wenige. Zudem standen die Gefahren der Zuwanderung noch deutlicher im Vordergrund als während der „Flüchtlingskrise“ und die Berichterstattung fokussierte deutlich stärker auf Kriminalität. Insgesamt verlor das Thema Flucht und Migration in den Medien schließlich auch zunehmend an Bedeutung.

Neben diesen allgemeinen Berichterstattungsmerkmalen haben wir zudem eine Reihe bemerkenswerter Unterschiede zwischen den von uns untersuchten Medien gefunden. Diese lassen sich zum einen auf die unterschiedlichen Mediengattungen zurückführen. So berichtete die Boulevardzeitung Bild deutlich häufiger über Flüchtlingskriminalität und thematisierte die negativen Folgen der Zuwanderung für die Innere Sicherheit deutlich häufiger als die anderen Medien. Dagegen wiesen die Fernsehnachrichtensendungen im Vergleich zu den Tageszeitungen einen deutlich höheren Anteil von Bildern von Geflüchteten in Notsituationen auf. Zum anderen lassen sich die Unterschiede in der Berichterstattung auch auf die redaktionellen Linien der Medien zurückführen. So bezeichnete die linksliberale Süddeutsche Zeitung die nach Deutschland gekommenen Menschen deutlich häufiger als „Flüchtlinge“, berichtete deutlich weniger negativ über diese und stellte das Verhältnis zwischen Zuwanderern und einheimischer Bevölkerung deutlich weniger konfrontativ dar als die konservativen Tageszeitungen FAZ und Bild.

Betrachtet man unsere beiden Untersuchungszeiträume gemeinsam, existierten in der Medienberichterstattung über Migration seit 2015 folglich zwei gegensätzliche Narrative über Geflüchtete. Auf

Die Medienberichterstattung über Flucht und Migration war zwischen 2016 und 2020 von einer starken Widersprüchlichkeit geprägt.

Die Bild thematisierte Flüchtlingskriminalität und andere negative Folgen der Zuwanderung für die Innere Sicherheit deutlich häufiger als die anderen Medien.

Die Berichterstattung hat sich nach 2015 noch einmal eindeutig ins Negative verschoben.

Seit 2015 existierten in der Medienberichterstattung über Flucht und Migration zwei gegensätzliche Narrative über Geflüchtete.

Konfligierende Narrative haben vermutlich negative Konsequenzen für die öffentliche Meinungsbildung.

der einen Seite wurden Geflüchtete als Menschen in Not charakterisiert, die aus humanitären Gründen aufgenommen werden müssen. Auf der anderen Seite wurden Geflüchtete als Sicherheitsrisiko für die deutsche Bevölkerung beschrieben. Welches Narrativ dominierte, hing maßgeblich davon ab, ob es in der Berichterstattung um Menschen auf der Flucht ging oder um Menschen, die bereits in Deutschland angekommen und damit in Sicherheit waren. Dabei ging es selbstverständlich zu unterschiedlichen Zeitpunkten um dieselben Menschen. Dennoch mangelte es den Medien an Urteils Konstanz: Solange es um Menschen auf der Flucht geht, werden diese vor allem unter dem humanitären Gesichtspunkt betrachtet. Wenn dieselben Menschen in Deutschland angekommen sind, steht vor allem das Sicherheitsrisiko im Vordergrund. Die Medien thematisierten diese Widersprüche bzw. die Kritik an ihrer Berichterstattung selbst jedoch kaum.

Zur Versachlichung der Debatte ist es zunächst hilfreich, darauf hinzuweisen, dass viele der hier identifizierten Berichtermuster nicht nur für die Berichterstattung über Geflüchtete typisch sind. Nachrichtenmedien berichten stark ereignisorientiert und betrachten die dargestellten Menschen folglich im Lichte der jeweiligen Ereignisse. Der Alltag von Geflüchteten liefert jedoch nur selten Ereignisse, die spektakulär oder ungewöhnlich genug sind, um von den Medien aufgegriffen zu werden. Abseits von politischen Diskussionen über Maßnahmen im Bereich der Flüchtlingspolitik, an denen Geflüchtete selbst nur passiv beteiligt sind, liefern sie den Medien vor allem dann aus deren Sicht berichtenswerte Ereignisse, wenn sie sich in Not befinden oder als Tatverdächtige oder Opfer von spektakulären Straftaten in Erscheinung treten. Kinder, die im Rahmen des Familiennachzugs weitgehend unspektakulär nach Deutschland gelangen, oder gut in die Gesellschaft integrierte Geflüchtete sind aus journalistischer Sicht dagegen

keine Nachricht. Dies gilt allerdings auch für andere Bevölkerungsgruppen, z.B. Privatpersonen ohne Migrationshintergrund, die ebenfalls nur in seltenen und besonders spektakulären Fällen Gegenstand der Medienberichterstattung werden. Deshalb ist auch die Medienberichterstattung über andere Bevölkerungsgruppen überwiegend negativ. Und selbstverständlich werden auch in Bezug auf Menschen ohne Migrationshintergrund z.B. schwere Straftaten überproportional berichtet (z.B. Schönhagen & Brosius 2004).

Die Tatsache, dass die Art der Medienberichterstattung über Geflüchtete zumindest teilweise durch allgemeine mediale Selektionskriterien und Darstellungsweisen erklärt werden kann, bedeutet aber keinesfalls, dass die hier gefundenen Muster der Darstellung von Geflüchteten gesellschaftlich unproblematisch wären. Vor allem Menschen, die keinen direkten Kontakt zu Geflüchteten haben, richten ihre Urteile über Migration und Geflüchtete an der Medienberichterstattung aus (zusammenfassend Eberl et al. 2018). Eine Berichterstattung, die immer wieder von einem Narrativ (Geflüchtete müssen aus humanitären Gründen aufgenommen werden) in das andere Narrativ (Geflüchtete sind ein Sicherheitsrisiko für die Bevölkerung) wechselt, hat vermutlich negative Konsequenzen für die öffentliche Meinungsbildung – auch wenn dies von den Nachrichtenmedien nicht intendiert ist. Je nach eigenem politischen Standpunkt erscheint es den Rezipientinnen und Rezipienten dann entweder fragwürdig, warum Menschen in Deutschland aufgenommen werden sollen, die ein Sicherheitsrisiko darstellen, oder fragwürdig, wie man Menschen, die in Not sind, als Sicherheitsrisiko betrachten kann.

Die Lösung dieser komplexen Problematik muss unseres Erachtens an unterschiedlichen Stellen ansetzen. Zum einen wäre es wünschenswert, dass im **Journalismus** das Verständnis für die nicht intendierten negativen Folgen einer zugespitzten Berichterstattung wächst. Dabei ist es selbstverständlich, dass über Geflüchtete, die gerade aus dem Meer gerettet wurden, anders berichtet wird, als über Geflüchtete, die gerade einen Terroranschlag verübt haben. Allerdings gehören die allermeisten Geflüchteten weder zu der einen, noch zu der anderen Gruppe. Die starke Fokussierung der Medien auf extreme Ereignisse führt aber dazu, dass diese Menschen weitgehend unsichtbar bleiben. Hier wäre im Sinne des Konstruktiven Journalismus Raum für eine stärker ausgewogene und differenzierte (aber nicht widersprüchliche) Berichterstattung, die auch positive Aspekte und Problemlösungen in den Fokus nimmt. Dies sollte allerdings nicht auf die Berichterstattung über Geflüchtete beschränkt bleiben, sondern gilt ebenso für andere Berichterstattungsthemen. Eine solche grundlegende Veränderung journalistischer Selektions- und Darstellungsweisen kann in einem demokratischen System, in dem die Freiheit der Presse ein besonders hohes Gut darstellt, selbstverständlich nicht von außen diktiert werden, sondern erfordert ein grundsätzliches Umdenken im Journalismus und ist folglich eher eine mittel- bis langfristige Perspektive. Erste Schritte auf diesem Weg können Workshops mit Journalistinnen und Journalisten sein, in denen ihnen ihre Berichterstattungsmuster und mögliche Folgen vor Augen geführt werden. Zudem kann die Auseinandersetzung mit solchen Befunden auch noch stärker in die Journalistenausbildung einfließen, z.B. im Rahmen von Journalismus-Studiengängen oder Weiterbildungsstudiengängen, wie es sie z.B. an der JGU Mainz bereits gibt.

Kurzfristig kann aber das Verständnis der **Rezipientinnen und Rezipienten** für die journalistischen Berichterstattungsmuster gefördert werden. Wenn diesen bewusst wird, dass die Medienberichterstattung die Realität nicht vollständig abbildet, sondern auf extreme Ereignisse mit Geflüchteten als entweder Opfern oder Tätern fokussiert, kann dies ein erster Schritt zu einer fundierteren Meinungsbildung über Geflüchtete sein. Da die Rezipientinnen und Rezipienten zudem dazu neigen 1.) die Tendenz der Medienberichterstattung als ihrem eigenen Standpunkt entgegengesetzt wahrzunehmen (Hostile Media Effekt) und 2.) vor allem solche Medienbeiträge als glaubwürdig wahrzunehmen, die ihre eigenen Ansichten bestätigen (Motivated Reasoning) (Maurer et al. 2018), kann eine stärkere Distribution wissenschaftlicher Befunde zur Berichterstattung über Geflüchtete an eine interessierte Öffentlichkeit zu einer objektiveren Sicht der Bevölkerung auf die Inhalte der Medienberichterstattung beitragen. Dies wiederum kann sich positiv auf deren Urteilsbildung auswirken. Mögliche Maßnahmen sind hier wissenschaftliche Vorträge, die allerdings nur ein kleines, besonders interessiertes Publikum erreichen, aber auch öffentlich zugängliche Publikationen (Open Access), Webseiten oder Social-Media-Kanäle, über die die Befunde distribuiert werden. Letztlich geht es hierbei auch um die vielfach geforderte Medienkompetenz, die bereits in der Schule erworben werden sollte und im Idealfall über z.B. das Erkennen von unglaubwürdigen Informationsquellen hinaus auch zu einer besseren Einschätzung medialer Funktionsweisen führen kann.

Medien sollten Raum für eine stärker ausgewogene und differenzierte Berichterstattung bieten, die auch positive Aspekte und Problemlösungen in den Fokus nimmt.

Distribution wissenschaftlicher Befunde kann zu einer objektiveren Sicht der Bevölkerung auf die Inhalte der Medienberichterstattung beitragen.

Die Politik muss damit rechnen, dass ihre Entscheidungen von den Medien im Nachhinein kritisiert werden.

Politische Entscheidungen sollten sich eher an eigenen Überzeugungen oder an validen Erkenntnissen über die Bevölkerungsmeinung orientieren.

Die **Politik** neigt in vielen Fällen dazu, ihr Kommunikationsverhalten und selbst ihre Entscheidungen an der Medienberichterstattung auszurichten (Mediatisierung der Politik, Political Agenda Setting), z.B. weil sie die Medienberichterstattung als einen Indikator für die Stimmung in der Bevölkerung betrachtet oder annimmt, dass sie die zukünftige Bevölkerungsmeinung prägt. Wäre dies der Fall, könnten Politikerinnen und Politiker von einer Anpassung an diese Positionen profitieren, beispielsweise im Sinne einer zunehmenden Beliebtheit in der Bevölkerung. Unsere Befunde zeigen aber, dass eine solche Anpassung aufgrund der Volatilität der Berichterstattung keine Garantie dafür bietet, auch längerfristig zu profitieren. Vielmehr muss die Politik damit rechnen, dass ihre Entscheidungen von den Medien im Nachhinein kritisiert werden, unabhängig davon, wie sie ausfallen, und unabhängig davon, welche Entscheidung die Medien zuvor favorisiert haben. Politische Entscheidungen sollten sich folglich eher an eigenen Überzeugungen oder, wenn sich die Politik gegenüber der Bevölkerung responsiv verhalten möchte, an validen Erkenntnissen über die Bevölkerungsmeinung, die z.B. aus repräsentativen Befragungen gewonnen werden können, orientieren.

Aus Sicht der **Wissenschaft** ergibt sich aus unseren Befunden schließlich ein vielfältiger Bedarf an weiterer Forschung. Dies betrifft beispielsweise gezielte Vergleiche zwischen der Medienberichterstattung über Geflüchtete und der Medienberichterstattung über andere Bevölkerungsgruppen. Solche Forschung kann Aufschluss darüber geben, welche Merkmale der Berichterstattung über Geflüchtete auf allgemeine mediale Selektionskriterien und Darstellungsweisen zurückzuführen sind, und welche Merkmale speziell auf die Berichterstattung über Geflüchtete zutreffen. Untersucht werden könnten beispielsweise Unterschiede in der Kriminalitätsberichterstattung oder Unterschiede in der generellen Darstellungstendenz von Geflüchteten und Menschen ohne Migrationshintergrund. Solche Vergleiche sind bislang selten und in der Regel auf eine methodisch leicht angreifbare Art durchgeführt worden. Sie könnten insbesondere dazu beitragen, die doch relativ stark ideologisch aufgeladene Diskussion über die Darstellung von Geflüchteten zu versachlichen.

LITERATUR

- Arlt, D., & Wolling, J. (2018).** Bias wanted! Examining people's information exposure, quality expectations and bias perceptions in the context of the refugees debate among different segments of the German population. *Communications*, 43(1), 75–99.
- Bär, G. (2015).** Tagesschau und Tagesthemen: ARD räumt falsches Flüchtlingsbild ein. https://www.focus.de/kultur/medien/tagesschau-und-tagesthemen-ard-raeumt-falsches-fluechtlingsbild-ein_id_5001222.html.
- Chouliaraki, L., & Zaborowski, R. (2017).** Voice and community in the 2015 refugee crisis: A content analysis of news coverage in eight European countries. *International Communication Gazette*, 79(6-7), 613-635.
- Conrad, M., & Aðalsteinsdóttir, H. (2017).** Understanding Germany's Short-lived "Culture of Welcome": Images of Refugees in Three Leading German Quality Newspapers. *German Politics and Society*, 35(4), 1-21.
- Eberl, J.-M., Meltzer, C. E., Heidenreich, T., Herrero, B., Theorin, N., Lind, F., ... Strömbäck, J. (2018).** The European media discourse on immigration and its effects: A literature review. *Annals of the International Communication Association*, 42(3), 207–223.
- Goedeke Tort, M. N., Guenther, L., & Ruhrmann, G. (2016).** Von kriminell bis willkommen: Wie die Herkunft über das mediale Framing von Einwanderern entscheidet. *Medien & Kommunikationswissenschaft*, 64(4), 497–517.
- Greck, R. (2018).** Schaffen wir das? Frames im medialen Diskurs zur Flüchtlingskrise in der deutschen Regionalpresse des Jahres 2015 und ihre Lösungsorientierung. *Publizistik*, 68, 359-382.
- Haller, M. (2017).** Die „Flüchtlingskrise“ in den Medien. *Tagesaktueller Journalismus zwischen Meinung und Information*. Frankfurt: Otto-Brenner-Stiftung.
- Heidenreich, T., Eberl, J. M., Lind, F., & Boomgarden, H. (2019).** Political migration discourses on social media: a comparative perspective on visibility and sentiment across political Facebook accounts in Europe. *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 1-20.
- Hömberg, W., & Schlemmer, S. (1994).** Fremde als Objekt: Asylberichterstattung in deutschen Tageszeitungen. *Communicatio Socialis*, 27, 317–338.
- Maurer, M., Haßler, J., Kruschinski, S., Jost, P. (2021).** Looking over the channel. The balance of media coverage about the "refugee crisis" in Germany and the UK. *Communications: The European Journal of Communication Research* (online first).
- Maurer, M., Jost, P., Haßler, J., & Kruschinski, S. (2019).** Auf den Spuren der Lügenpresse. Zur Richtigkeit und Ausgewogenheit der Medienberichterstattung in der „Flüchtlingskrise“. In: *Publizistik*, 64, 15-35.
- Maurer, M., Jost, P., Pfoh, M., Porath, M., & Wilke, L. (2018).** Motivierte Zweifel. Wie die Voreinstellungen der Rezipienten zum Berichterstattungsgegenstand ihre Wahrnehmung der Medienglaubwürdigkeit beeinflussen. In: *Medien & Kommunikationswissenschaft*, 66, 302-319.
- Schönhagen, P., & Brosius, H.-B. (2004).** Die Entwicklung der Gewalt- und Kriminalitätsberichterstattung im lokalen Raum. *Publizistik*, 49, 255–274.
- Sommer, D., & Ruhrmann, G. (2010).** Oughts and ideals: Framing people with migration background in TV news. *Conflict & Communication Online*, 9(2), 1–15.

AUTOREN

Marcus Maurer ist Professor für Politische Kommunikation am Institut für Publizistik der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. E-Mail: mmaurer@uni-mainz.de

Pablo Jost ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Doktorand am Institut für Publizistik der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. E-Mail: pablo.jost@uni-mainz.de

Simon Kruschinski ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Doktorand am Institut für Publizistik der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. E-Mail: simon.kruschinski@uni-mainz.de

Jörg Haßler ist Leiter der Nachwuchsforschungsgruppe ‚Digital Democratic Mobilization in Hybrid Media Systems (DigiDeMo)‘ am Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung an der Ludwig-Maximilians-Universität München. E-Mail: joerg.hassler@ifkw.lmu.de

Die Autoren danken den Codiererinnen und Codierern Nail Murat Azakli, Hannah Behr, Hannah Cäcilia Fecher, Jana Hollstein, Max Leonard Leffer, Sina Reicherts und Josephine Walther für die sorgfältige und engagierte Mitarbeit.

IMPRESSUM

Herausgeber

Johannes Gutenberg-Universität Mainz
Institut für Publizistik
Prof. Dr. Marcus Maurer
Jakob-Welder-Weg 12
55128 Mainz
<https://www.polkom.ifp.uni-mainz.de/>

Gestaltung

JE-Design

gefördert durch

STIFTUNG
MERCATOR

If | P INSTITUT FÜR
PUBLIZISTIK

JOHANNES GUTENBERG
UNIVERSITÄT MAINZ

JG|U